Nr. 30 ★ 16. Jahrgang

Stuttgart, 27. Juli 1907

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart. Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Fabrikinspektor und Arbeiter.

In dem Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1906 wird eingehend das Verhältnis zwischen Fabrikinspektion und Arbeiterschaft erörtert. Die Sache ist interessant genug, um sie auch an dieser Stelle kurz zu besprechen. Wir wollen uns dabei auf langstielige grundsätzliche Erörterungen nicht einlassen, sondern uns ausschließlich auf die Würdigung der von der badischen Gewerbeinspektion beigebrachten Tatsachen beschränken, weil diese für sich selbst sprechen.

Eine Arbeiterzeitung hatte wiederholt bemängelt, daß bei Revisionen von Fabriken der Beamte der Fabrikinspektion mit dem Arbeitgeber durch die Betriebsräume gegangen sei, ohne Gelegenheit zu Unterredungen mit den Arbeitern zu nehmen; daran wurde die Betrachtung geknüpft, daß die jetzige Art der Fabrikinspektion eine andere sei als früher, und daß man das Gefühl nicht los werden könne, es werde den Wünschen der Fabrikanten allzusehr Rechnung getragen. Dem tritt der berichterstattende Beamte ganz entschieden entgegen. Aus früheren, von Wörrishofer erstatteten Berichten beweist er, daß die Revisionen früher schon so, wie es jetzt geschieht, gehandhabt worden sind. Wo der revidierende Beamte Arbeiter zu einer Unterredung nicht beiziehe, geschehe dies nicht etwa auf einen vom Fabrikanten ausgesprochenen Wunsch, dem der Beamte nachzugeben niemals Veranlassung nehmen könnte und dürfte, sondern auf den Wunsch der Arbeiter oder, sofern ein solcher Wunsch nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter. Häufig müsse der revidierende Beamte Bedenken hegen, sich von den Arbeitern der Fabrik Auskünfte über Vorgänge und Zustände zu erbitten, da das Gespenst der Maßregelung vor der Tür stehe. „Wo ein Betrieb infolge einer eingelaufenen Beschwerde revidiert wird, hört man nicht selten vom Fabrikanten oder von dessen Vertreter die bestimmte Vermutung äußern, daß eine Beschwerde stattgefunden habe; hier würde die Herbeiziehung von Arbeitern, seien sie Beschwerdeführer oder nicht, wohl stets unangenehme Folgen haben. Vielfach wird in Beschwerden aufs inständigste gebeten, ja nichts zu tun, was die Arbeiter in Ungelegenheiten bringen könnte. Sind schriftliche Beschwerden gar anonym eingegangen, etwa mit der Unterschrift „Die Arbeiter der usw.", oder „Mehrere Arbeiter der usw.", so ist es doch klar, daß Arbeiter bei der Revision nicht befragt werden dürfen, denn wer schon gewichtigen Grund zu haben glaubt, der Fabrikinspektion, bei der alle Beschwerden doch in sicheren Händen ruhen, seinen Namen zu verschweigen, der kann ohne Zweifel noch weniger daran denken, seine Beschwerden dem revidierenden Beamten in Gegenwart des Arbeitgebers oder eines Vertreters vorzutragen." Die Gegenwart des Arbeitgebers oder eines möglichst vollgültigen Vertreters sei aber für die gute Abwicklung der Revision in Hinsicht auf die zu erlassenden Auflagen kaum zu entbehren. Deshalb sei es schon besser, der Revisionsbeamte vermeide im Betrieb selbst eine Fühlungnahme mit den Arbeitern, wo für diese Schädigungen zu erwarten wären. Wo dies ohne Befürchtung von Nachteilen für die Arbeiter geschehen könne, benützten die Beamten gerne die Gelegenheit, sich bei der Revision mit einzelnen Arbeitern in Verbindung zu setzen. Daß die Fabrikinspektion in dieser Frage durchaus richtig verfahre, beweise beiläufig der Umstand, daß bis jetzt erst eine einzige Organisation an die Fabrikinspektion das Ersuchen gerichtet habe, bei der Prüfung der vorgetragenen Beschwerden die Arbeiter bei der Revision zu befragen, während der entgegengesetzte Wunsch häufig laut geworden sei.

An einigen Beispielen wird dann gezeigt, zu welchen Weiterungen die Befragung von Arbeitern führen kann, wenn diese hierauf nicht vorbereitet sind oder aus wahrheitsgemäßer Beantwortung Nachteile für sich befürchten. An einer infolge einer Beschwerde stattfindenden Revision eines Betriebs beteiligte sich der Arbeitgeber auf Wunsch des Beamten nicht. Der erste Arbeiter, an den der Beamte sich wandte, verwies auf den Beschwerdeführer, dieser wieder auf andere Arbeiter und bei diesem Hin und Her konnte der Beamte nur mit Mühe aus den Arbeitern das herausfragen, was der Beschwerdeführer schon mitgeteilt hatte. Nach der Revision beschuldigte einer der Arbeiter den revidierenden Beamten, er habe unter Vertrauensbruch dem Arbeitgeber den Namen des Beschwerdeführers genannt. Die Fabrikinspektion wandte sich an den Vertrauensmann der Organisation; nach Prüfung der Angelegenheit veranlaßte diese den Arbeiter zur entschuldigenden Zurücknahme seiner Anklage. — Bei der Revision eines anderen Betriebs schöpfte der Beamte aus gewissen Anzeichen die Vermutung, daß Gesetzesübertretungen stattfänden; trotz gesonderter Befragung der Arbeiter und des später hinzukommenden Unternehmers konnte jedoch eine Verfehlung nicht festgestellt werden. Später wurde dem Beamten außerhalb des Betriebs von einigen Arbeitern mitgeteilt, daß er heute von den Befragten bei der Revision falsch unterrichtet worden sei, tatsächlich fände die gemutmaßte Gesetzesverletzung regelmäßig statt. Nichtsdestoweniger führten nochmalige Erhebungen der Aufsichtsbehörde wiederum zu einem negativen Ergebnis. — Infolge sehr dringlicher Beschwerden, die der Gauleiter einer Organisation vorbrachte, wurde ein Betrieb einer gründlichen Revision unterzogen. Es stellte sich heraus, daß nur die Angehörigen besagter Organisation sich der Beschwerde anschlossen, während die Mitglieder einer im Betrieb ebenfalls vertretenen freien Gewerkschaft die Zustände für einwandfrei erklärten, was auch mit dem Revisionsbefund übereinstimmte. Hier war, wie der Bericht mit Recht sagt, die Anrufung der Fabrikinspektion nicht aus sachlichen Gründen erfolgt, sondern in der Absicht, Vorspann für eine bestimmte Organisation zu gewinnen. Daß die Fabrikinspektion sich von solchen Strebungen fernhalten muß, das kann, darin stimmen wir dem Fabrikinspektor durchaus bei, kein Verständiger bezweifeln.

So erfreulich es ist, wenn die bei einer Revision um Äußerung angegangenen Arbeiter eines Betriebs auf Befragen des Beamten mit sachlichem Rechte angeben können, daß ernstliche Mißstände nicht bestehen, so verhängnisvoll ist es andererseits, wenn Arbeiter in der Sorge um ihre Brotstelle vom Vorhandensein bestehender Mißstände oder vom Vorkommen von Gesetzesübertretungen nichts wissen wollen — ein, wie die Fabrikinspektion sagt, nicht selten vorkommender Fall! Dies kann unter Umständen den Erfolg einer Revision völlig in Frage stellen, die Position der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber schwächen und die Auskunftgeber ihren Mitarbeitern gegenüber in eine sehr peinliche Lage bringen. Wo sie daher des Nutzens einer Befragung nicht ohne [illegible] Nachteile für den Befragten befürchten müssen, unterlassen es die Beamten der badischen Fabrikinspektion, Arbeiter ins Gespräch zu ziehen, denn schon das Gespräch an sich, nicht sein Inhalt, gibt oft Anlaß zu unliebsamen Wirkungen für den Arbeiter. Aber auch für den Fall, daß die erteilten Auskünfte sachgemäß sind, besitzen, vereinzelte Ausnahmen abgerechnet, diese kurzen und für den Arbeiter unvorbereiteten Unterredungen keine große Bedeutung, wie schon wiederholt ausgeführt worden ist. „Für keine Tätigkeit eignet sich die Anwendung bureaukratischer Schablone weniger als für die Wirksamkeit der Fabrikinspektion; daher wird nach wie vor jeder Beamte bei seinen Revisionen zur Befragung von Arbeitern nur schreiten, wenn die Umstände es gebieten und die Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiter das zuläßt."

Soweit der badische Fabrikinspektionsbericht. Wir können sagen, daß wir den Grundsätzen, die der berichterstattende Beamte der badischen Gewerbeaufsicht hier entwickelt, restlos zustimmen. Anders als unter den im Bericht skizzierten Gesichtspunkten ist uns eine sachgemäße Revision nicht denkbar. Sie liegt im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft selbst. Wir können nur wünschen, daß die Fabrikinspektoren im Verkehr mit den Arbeitern sich stets des größten Taktes befleißigen, um jede Schädigung derselben im Arbeitsverhältnis zu verhüten. Weiter möchten wir aber wünschen, daß die Fabrikinspektion bei ihrer schwierigen Tätigkeit stets die weitgehendste Unterstützung der Arbeiterschaft fände, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten namentlich stets schnell, wahrheits- und sachgemäß von Mißständen im Gewerbe unterrichtet würden, dann würde es auch an einem Erfolg der Gewerbeaufsicht nicht fehlen.

Die Tarifverträge.

I.

Literaturübersicht.

b. Die Arbeiterbewegung im allgemeinen, in den letzten Jahren in besonders hohem Maße die Gewerkschaften, haben sich in der öffentlichen Meinung viel mehr Terrain erobert, als die Klassengegner des Proletariats zugestehen möchten. Sicherlich werden unsere Feinde auf lange Jahre hinaus nicht aufhören, von Terrorismus, von Gewissenszwang in der modernen Arbeiterbewegung zu sprechen, sie werden weiter Rühmliches zu erzählen wissen von gelben Gewerkschaften, von Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, von christlichen Gewerkschaften, von evangelischen Arbeitervereinen, katholischen Gesellenvereinen, von der nationalen Arbeiterbewegung usw. Aber sie müssen auch reden von der gewaltigen Ausbreitung der Arbeiterbewegung, von ihren Wirkungen auf die Lebenslage der Arbeiter, von den neugeschaffenen Rechtsformen des Arbeitsvertrags, von den Tarifen.

In den letzten Monaten hat sich eine fast unübersehbare Literatur über die Tarifverträge angesammelt, die allein schon den Beweis liefert, ein wie großes Terrain sich die von den Herren im eigenen Hause bitter gehaßten kollektiven Arbeitsverträge erobert haben, wie wichtig sie für die deutsche Volkswirtschaft geworden sind. Juristen und Nationalökonomen, Statistiker und Politiker, Interessenten und Forscher haben Beiträge zu der Lehre der Tarifverträge beigesteuert. Gerade die letzten Monate brachten uns Bücher, Zeitschriftenartikel, statistische Untersuchungen über die Tarife in solcher Fülle, daß sie nur in einer nach Gesichtspunkten geschiedenen Untersuchung besprochen werden können. Wir beschränken uns fast ausnahmslos bloß auf die 1906 und 1907 erschienenen Arbeiten in deutscher Sprache, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu erheben.

Die neuesten Arbeiten behandeln den ganzen Bereich der mit dem Abschlusse und der Wirksamkeit der Tarife zusammenhängenden Fragen, so daß sich vielfach Wiederholungen ergeben, oft aus einer Schrift, in die andere Anschauungen oder Ausführungen übernommen wurden oder mehrere Schriften auf früher erschienenen aufgebaut sind, so ist selbstverständlich das treffliche Buch von Philipp Lotmar über den „Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches" (1. Band. Leipzig 1902, Duncker & Humblot) für alle, die sich mit der rechtlichen Seite der Tarifverträge befassen, von großem Einfluß gewesen, es ist heute noch richtunggebend und unübertroffen.

Wenn wir nun an die Einteilung der vorliegenden Arbeiten gehen, so wollen wir damit nicht sagen, daß sie an den nicht erwähnten Seiten des Problems achtlos vorbeigehen, sondern bloß, daß sie die erwähnten Richtungen besonders ausführlich behandeln und deshalb in dieser Hinsicht vor allem erwähnt werden müssen. So befaßt sich der erste der drei Bände über den Tarifvertrag im Deutschen Reiche (Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik. Berlin 1906, Karl Heymanns Verlag. [Beitrag zur Arbeiterstatistik 2 und 3.] VIII und 180 Seiten, 8°) eingehend mit der Definition Begriffserklärung des Tarifvertrags, aber wir finden derartige Ausführungen auch in den später zu erwähnenden Schriften und Abhandlungen von Schmelzer, Preuner, Hüglin und anderen.

Manche Schriften behandeln die Frage bloß im allgemeinen, wie Heft 9 der (christlich-sozialen) Arbeiterbibliothek „Tarifverträge" (1. bis 5. Tausend. München-Gladbach, Verlag der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung". 32 Seiten, 8°), oder die Schrift des Privatdozenten und Syndikus der Handelskammer zu Hannover „über Tarifgemeinschaften", ein Vortrag, gehalten in der Hauptversammlung des Vereins deutscher Salinen am 17. September 1906 zu Dresden (Leipzig, Verlag von Wilhelm Diebener. 32 Seiten, 8°), oder die Schrift von Karl Schwarz „Nützen oder schaden Tarifgemeinschaften dem Gewerbe? Betrachtungen über den Wert der Tarifgemeinschaften unter besonderer Berücksichtigung der im deutschen Schneidergewerbe gemachten Erfahrungen" (München, Val. Höfling. 76 Seiten, 8°). Auch der erste Teil des Buches von Dr. Albert Hüglin „Der Tarifvertrag zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" (Stuttgart und Leipzig 1906. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger. XII und 278 Seiten, 8°), wie manche andere der noch zu erwähnenden Schriften gehören hierher.

Die geschichtliche Entwicklung der Tarifverträge finden wir erörtert im 1. Bande der Untersuchung des Reichsstatistischen Amtes und im Vortrag von Rocke, dann in der neuesten Veröffentlichung von Dr. Fanny Imle über diesen

Gegenstand „Die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland" (Jena 1907, Gustav Fischer. VI und 159 Seiten, 8°) und in Fritz Schmelzers Buch „Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunktes".

Die eingehendste Behandlung findet in der letzten Zeit die rechtliche Seite des Problems. Wir finden sie erörtert im 1. Bande der Untersuchung des Reichsstatistischen Amtes, in den auch schon genau angeführten Schriften von Schmelzer und Hüglin, dann in einer rechtsvergleichenden Untersuchung von Dr. jur. S. Rundstein „Die Tarifverträge und die moderne Rechtswissenschaft" (Leipzig 1906, C. L. Hirschfeld. IV und 208 Seiten, 8°). Zur Festgabe für Professor Hübler in Berlin hat der Erlanger Rechtslehrer Professor Paul Ortmann eine Studie über „Die rechtliche Natur der Arbeitsordnung" beigetragen, die auch als Sonderabdruck erschienen ist (Berlin 1905, Franz Vahlen. 21 Seiten, 8°); von demselben Verfasser rührt ein Aufsatz in Wolfs „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" (10. Jahrgang, 1907, Heft 1) „Zur Lehre der Tarifverträge" her. In J. A. Seufferts „Blätter für Rechtsanwendung" (72. Jahrgang, Nr. 5) äußert sich der Vorsitzende des Münchener Gewerbegerichtes „Zur volkswirtschaftlichen und rechtlichen Bedeutung der Tarifverträge". In zwei rasch aufeinander folgenden Auflagen erschien im Jahre 1907 eine Schrift des österreichischen Industriellen Alfred v. Lindheim über „Die Friedensaufgaben der Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" (Wien, Manzsche Buchhandlung. VI und 81 Seiten, 8°). Selbstverständlich finden sich im „Gewerbegericht" und in der „Sozialen Praxis" viele Beiträge zur juristischen Seite der Tarifverträge.

Mit der Statistik der Tarifverträge befassen sich besonders der 3. Band des amtlichen Werkes über den Tarifvertrag im Deutschen Reiche (Berlin 1906, Karl Heymanns Verlag. 424 Seiten, 8°), dann das vom Zentralverband der Maurer Deutschlands herausgegebene Quellenwerk „Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe" (Statistik 1905 und Tarifverträge von 1891 bis 1905. Hamburg 1906. XXXIX und 372 Seiten, Folio), weiter die von der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands herausgegebene Schrift über „Die Tarifverträge im Malergewerbe für 1906" (Hamburg 1907. 98 Seiten, 8°), eine später noch zu erwähnende Veröffentlichung derselben Organisation und die schon genannte Schrift von Dr. Fanny Imle.

Die Bedeutung der Gewerkschaften für den Abschluß der Tarifverträge wird in allen nicht rein juristischen Untersuchungen über den Gegenstand mehr oder minder eingehend behandelt, insbesondere sind hier zu nennen die schon erwähnte Veröffentlichung der Maurerorganisation und die von der Vereinigung der Maler usw. herrührende Untersuchung „Der Einfluß unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge" (Hamburg 1907. 240 Seiten, 8°).

Mit dem Inhalt der Tarifverträge beschäftigen sich alle hier genannten Schriften, insbesondere die von Imle, Hüglin, Schmelzer, die Veröffentlichungen der Organisationen der Maurer und Maler und der zweite Band der amtlichen Publikation über den Tarifvertrag im Deutschen Reiche (Berlin 1906, Karl Heymanns Verlag. 407 Seiten, 8°).

Selbstverständlich wird auch die allgemein sozialpolitische Seite der Tarifverträge, die Stellung der Unternehmer zu ihnen und manches andere in dieser reichhaltigen Literatur miterörtert. In den folgenden Artikeln wollen wir hauptsächlich die hier betonten Gesichtspunkte auf Grund der vorliegenden Literatur kritisch beleuchten.

Aus der Holzindustrie in Preußen

I.

Die preußischen Gewerbeinspektionsberichte für das Jahr 1906 enthalten, von der Glasindustrie abgesehen, nur dürftige Angaben über die Verhältnisse in den einzelnen Industrien. Der größere Teil der Berichte wird eingenommen von einer umfangreichen Enquete über die Glasindustrie, dann verbreiten sich alle Aufsichtsbeamten in ziemlich breiter Weise über die Lehrlingsfrage, über die Einhaltung von Kündigungsfristen im Arbeitsverhältnis, über die Veränderungen der Arbeitszeit der Frauen seit der Frauenarbeitsenquete im Jahre 1902 und über die Mitarbeit der Arbeiter bei der Unfallverhütung. Die Art der Abfassung der Berichte läßt erkennen, daß die Berichterstatter des Gewerbeaufsichtsdienstes bei dieser Art der Berichterstattung einer Weisung ihrer vorgesetzten Behörde folgten. Die Berichte sind deshalb nicht weniger interessant, sie gehen aber diesmal noch weniger als früher auf die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben ein, was ihren Wert für die Berufsorganisationen der Arbeiter etwas beeinträchtigt. So sind in den Berichten auch weniger als sonst Angaben über die Verhältnisse in der Holzindustrie gemacht. Immerhin wollen wir das Wenige im nachfolgenden würdigen.

Der Fabrikinspektion unterstanden in Preußen im Jahre 1906 13 999 Holzindustriebetriebe, in denen insgesamt 205 581 Arbeiter beschäftigt waren. Von diesen Arbeitern waren 181 886 erwachsene männliche Arbeiter, 11 226 Arbeiterinnen (hiervon 4095 von 16 bis 21 Jahren, 7131 über 21 Jahre alt), 12 328 junge Leute von 14 bis 16 Jahren (10 953 männlichen, 1375 weiblichen Geschlechtes) und 91 Kinder unter 14 Jahren (hiervon 76 Knaben und 15 Mädchen). In diese Zahlen nicht eingeschlossen sind diejenigen Betriebe, respektive die dort beschäftigten Arbeiter, die nicht mit Kraftmaschinen arbeiten und wo weniger als 5 Personen beschäftigt sind. Wir ersehen auch aus diesen Zahlen wieder, wie viel uns auch in Preußen noch zu tun übrig bleibt; denn kaum mehr als die Hälfte der beschäftigten Arbeiter dürfte bisher organisiert sein.

Soweit über den Geschäftsgang Mitteilungen gemacht sind, wird übereinstimmend über ein Anziehen der Beschäftigung berichtet.

Aus dem Bezirk Danzig wird eine Zunahme der Beschäftigung von Arbeiterinnen in der Möbelpolitur berichtet. Eine Schneidemühle im Bezirk Pommern, die Arbeiterinnen beschäftigte, ist eingegangen. Der Aufsichtsbeamte gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Einstellung von Arbeiterinnen in Schneidemühlen keine Nachahmung findet. Im Bezirk Bromberg wurde ein Sägewerkbesitzer, der Arbeiterinnen über die zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigte, dieserhalb zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Auch über die Zunahme der jugendlichen Arbeiter in Holzbearbeitungsbetrieben wird verschiedentlich berichtet. Im Bezirk Marienwerder wird über die Zunahme Jugendlicher sogar in den Sägewerken geklagt, die wegen der Gefährlichkeit dieser Betriebe nicht gerade erwünscht sei. Wegen der Beschäftigung Jugendlicher über die festgesetzte Zeit hinaus wurde in diesem Bezirk ein Sägewerkbesitzer im Rückfall zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. In Berlin mußte die Beschäftigung von Jugendlichen an besonders gefährlichen Betrieben, vornehmlich in Holzbearbeitungswerkstätten, untersagt werden. Auch im Bezirk Bromberg wurde der Leiter eines großen Sägewerks wegen Beschäftigung von zwei schulpflichtigen Kindern mit 10 Mk., ein Sägewerkbesitzer wegen Überbeschäftigung Jugendlicher mit 6 Mk. bestraft. Wie frivol manche Unternehmer das Kinderschutzgesetz und die Unfallverhütungsvorschriften immer wieder umgehen, das zeigt auch der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Schleswig an einigen Beispielen. In diesem Bezirk wurden 14 Kinder ermittelt, deren Beschäftigung unzulässig war. Das Strafverfahren wurde gegen zwei Sägewerkbesitzer eingeleitet, welche schulpflichtige Kinder beim Nageln von Kisten beschäftigten. Einer wurde mit 5 Mk., der andere im Rückfall mit 40 Mk. bestraft. Der eine Unternehmer versucht jetzt eine Umgehung des Verbots in der Weise, daß er einen außerhalb des Sägewerks gelegenen Arbeitsraum gemietet und ihn in Aftermiete an einen seiner Arbeiter gegeben hat, der angeblich als selbständiger Arbeitgeber aus den ihm gelieferten Brettern die Fischkisten von schulpflichtigen Knaben zusammennageln läßt. Gegen diesen Fabrikanten ist von neuem das Strafverfahren eingeleitet worden. Er wurde in erster Instanz freigesprochen, es ist aber Berufung eingelegt worden. Die Beschäftigung von Knaben bei der Herstellung von Fischkisten aus fertig zugeschnitten bezogenen Brettern ist in jener Gegend, wo sich zahlreiche kleine Fischräuchereien befinden, von jeher üblich und geschieht in ihnen auch jetzt noch vielfach. Es finden dann nur die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes Anwendung. Auch anderwärts ist der Versuch gemacht worden, außerhalb des Grundstücks, auf welchem das Sägewerk liegt, Kinder beim Anfertigen von Fischkisten zu beschäftigen. Je nach dem Ausgang des schwebenden Strafverfahrens soll hiergegen eingeschritten werden. — Ein erfolgreiches Einschreiten gegen diese skandalöse Ausnutzung von Kindern in Holzbearbeitungsbetrieben wird aber kaum möglich sein, solange die Gerichte nicht fester zufassen und über die Ausbeuter nicht härtere Strafen verhängen.

Bei ihren Untersuchungen über die Lehrlingsfrage gehen die Aufsichtsbeamten auch verschiedentlich auf die Lehrlingsausbildung in den Holzbearbeitungsbetrieben ein. Im Bezirk Marienwerder wurden in 33 Holzbearbeitungsfabriken 141 Lehrlinge angetroffen, gleich 11 Prozent der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern. In Berlin wird in der Holzindustrie auf die Heranbildung von Lehrlingen noch einiger Wert gelegt. In manchen Betrieben werden den Lehrlingen außer einem geringen Wochenlohn für besonders gute Leistungen noch sogenannte Prämien oder Liefergelder gewährt. Zweimal im Jahre findet für jene Lehrlinge, deren Lehrherren Innungsmitglieder sind, eine Ausstellung der Gesellenstücke und eine Gesellenprüfung statt. Auch im Bezirk Merseburg wird die Ausbildung der Lehrlinge selbst noch in den fabrikmäßig betriebenen Holzbearbeitungsbetrieben vorgenommen. Dasselbe wird aus dem Bezirk Erfurt berichtet. Der Beamte stellt aber fest, daß die Lehrlinge namentlich in den Möbelfabriken wegen der stark entwickelten Teilarbeit und dem völligen Fehlen einer geregelten Lehre eine nur mangelhafte Ausbildung erhalten. Zur Bearbeitung der Hölzer sind Spezialmaschinen vorhanden, welche durch besondere Arbeiter bedient werden; zum Vorzeichnen sowie zur Ausübung von handwerksmäßigen Verrichtungen kommt der Lehrling nur selten. Charakteristisch ist die Klage eines Lehrlings, der den Gewerbeinspektor bat, ihm bei Auflösung des Lehrvertrags behilflich zu sein, und der folgendes zu Protokoll gab: „Ich werde nicht hinreichend ausgebildet, meine Arbeiten bestehen aus Abputzen und Zusammenbauen, nur selten komme ich zum Zusammenleimen. Gefugt wird von der Maschine, zum Furnieren ist ein besonderer Mann angestellt, zum Behobeln bekomme ich kein Stückchen unter die Hände, da es ebenso wie das Schlitzen, Federnschneiden, Nuten, das Holz auf Länge schneiden, das Füllungen abplatten, das Schneiden der Profile von Maschinen bewirkt wird. Sonstige handwerksmäßige Arbeiten mit Schweifsäge oder Lochbeitel werden mit der Bandsäge oder der Stemmaschine gemacht usw." Im Gegensatz dazu sei die Lehre in vielen Werkstätten des Handwerks gut. Die Fabriken stellten auch gern handwerksmäßig ausgebildete Gesellen ein und entzögen damit dem Handwerk einen großen Teil der geschickten Arbeiter.

Das letztere trifft zu, spricht aber nicht für die besondere Zweckmäßigkeit der heutigen Handwerkslehre; es beweist lediglich das Bedürfnis der Industrie nach tüchtigen Arbeitskräften und die Unfähigkeit des Handwerks, tüchtige Arbeiter an sich zu fesseln. Nach unserer Meinung ist das Handwerk heutzutage nicht mehr in der Lage, einen tüchtigen und mit allen erforderlichen Fähigkeiten versehenen Arbeiterstamm heranzubilden. Besonders in der Möbeltischlerei tritt diese Unfähigkeit auch des Handwerks zur Lehrlingsausbildung immer mehr zutage. Ganz abgesehen davon, daß der Kleinmeister heute in dem Lehrling zumeist nur das gute Ausbeutungsobjekt erblickt, fehlt ihm zur guten Lehrlingsausbildung eines der Haupterfordernisse, der Maschinenbetrieb. Immer mehr wird aber die Maschine sich der Möbelfabrikation bemächtigen, wird dem Fabrikat selbst und der ganzen Produktion den Stempel aufdrücken. Das bedingt, daß der Lehrling die Maschinenarbeit, die maschinenmäßige Konstruktion eines Produktes kennen lernt, gewissermaßen in den Geist der Maschine eindringt. Das ist in einem Kleinbetrieb nicht möglich, deshalb wird die Lehrlingsausbildung in der Möbelfabrikation künftig mehr und mehr von den Großbetrieben ausgehen müssen, soll die Industrie den Anforderungen der Zeit entsprechen. Daß die ideale Ausbildung der Lehrlinge im Großbetrieb künftig anders betrieben werden muß als in jener Erfurter Möbelfabrik, über die der Aufsichtsbeamte des Bezirkes Erfurt berichtet, ist allerdings klar. Darüber vielleicht gelegentlich mehr. (Schluß folgt.)

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

gh. Die Frage, wie hoch die Entschädigungen für die verunglückten Arbeiter bemessen werden sollen, kommt nicht zur Ruhe. Die Arbeiter beklagen sich mit Recht darüber, daß die Entschädigungen nur zu oft ungenügend sind; die Berufsgenossenschaften dagegen, die bekanntlich ganz und gar den Unternehmern unterstellt sind, arbeiten mit allen Mitteln darauf hin, daß die Entschädigungen immer mehr verringert werden. Wie weit wir bereits gekommen sind, zeigt uns eine sehr lehrreiche Zusammenstellung in der Zeitschrift: „Die Berufsgenossenschaft", die für die Leser dieses Blattes auch deshalb von besonderem Interesse ist, weil sie aus der Praxis der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft entnommen ist, sich also auf die besonderen Verhältnisse der Holzarbeiter bezieht.

Nach der Zusammenstellung hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß eine nennenswerte Schädigung des verunglückten Arbeiters nicht vorliegt, der Arbeiter also keinen Anspruch auf Entschädigung hat bei folgendem Tatbestand:

1. Glatter Verlust des Nagelgliedes vom rechten Daumen bei einem 36 Jahre alten Arbeiter.
2. Glatter Verlust des Nagelgliedes vom linken Daumen bei einem 26 Jahre alten Maschinenarbeiter.
3. Verlust des Nagelgliedes vom rechten Zeigefinger bei einem 27 Jahre alten Hobler.
4. Glatter Verlust von 1½ Gliedern des rechten Ringfingers bei einem 25 Jahre alten Maschinenschreiner.
5. Glatter Verlust zweier Glieder des rechten Mittelfingers bei einem 46 Jahre alten Kreissäger.
6. Glatter Verlust zweier Glieder vom linken Zeigefinger bei einem 54 Jahre alten Schreiner.
7. Verlust zweier Glieder des linken Mittelfingers bei einem 25 Jahre alten Schreinergesellen.
8. Glatter Verlust zweier Glieder des rechten Kleinfingers bei einem 34 Jahre alten Tischler.
9. Glatter Verlust des linken Kleinfingers bei einem schon früher verunglückten Arbeiter.
10. Verlust des linken Ringfingers bei einem 32 Jahre alten Holzbildhauer.

Mitunter eine nähere Erläuterung: 1 Glied, 1½ Glieder, 2 Glieder, ganzer Finger — in allen diesen Fällen haben die verunglückten Arbeiter eine nennenswerte Schädigung ihrer Erwerbsfähigkeit nach der Meinung des Reichsversicherungamtes nicht erlitten.

Hören wir nun die Begründung dieser Entscheidungen. In allen diesen Fällen nimmt das Reichsversicherungsamt an, der Arbeiter muß sich an seinen Zustand gewöhnt haben. So lautete die Begründung in dem Falle unter 1: Als Folge des Unfalls bestehe lediglich der glatte Verlust des Nagelgliedes am rechten Daumen. „Unzweifelhaft," heißt es dann in der Begründung wörtlich weiter, „ist in den mehr als 10 Jahren nach dem Unfall eine vollständige Angewöhnung an den veränderten Zustand der rechten Hand eingetreten. ... Der Kläger ist nicht gelernter Arbeiter; mag er auch die eine oder die andere Tätigkeit, die er vor dem Unfall ausüben konnte, nicht mehr verrichten können, so besteht doch kein Bedenken, daß er auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, noch dazu im Osten der preußischen Monarchie, eine annähernd ebenso lohnende Tätigkeit finden kann, wie ein vollständig gesunder Mann." Hier wird also als Grund dafür, daß der Arbeiter mit dem verletzten Finger eine ebenso gut bezahlte Arbeitsstelle finden wird wie ein unverletzter Arbeiter, der Umstand geltend gemacht, der Arbeiter wohne ja in Ostelbien!

Als ein anderer Grund für dieselbe Annahme wird im Falle unter 5 angeführt, „daß Kläger, welcher in einem Sägewerk als Brettschneider arbeitet, im wesentlichen mit groben Arbeiten befaßt ist, bei denen er in besonderem Grade auf die Geschicklichkeit und Unversehrtheit aller Finger nicht angewiesen ist". Und dies wird einem Arbeiter geantwortet, der versichert hatte — und diese Versicherung ist nicht etwa als unrichtig nachgewiesen worden —, daß er durch die Verletzung des rechten Mittelfingers insofern noch behindert sei, als er mit dem Stumpfe bei der Verrichtung von Arbeiten sich leicht stoße und dann Schmerzen verspüre.

In dem Fall unter 7 hatte der verunglückte Arbeiter ein Zeugnis seines früheren Arbeitgebers zum Beweise dafür vorgelegt, daß er vor dem Unfall ein geschickter Arbeiter gewesen wäre. Auch das half ihm nichts. „Nicht jede Folge eines Unfalls," so heißt es in der Begründung, „gibt dem Verletzten noch einen Anspruch auf Unfallrente, und dies selbst dann nicht, wenn ihm infolge der Verletzung gewisse Unbequemlichkeiten bei der Verrichtung seiner Arbeiten erwachsen. Auf eine Rente hat der Verletzte nur noch Anspruch, wenn er in seiner Erwerbsfähigkeit noch in einem solchen Grade beeinträchtigt ist, daß die Beeinträchtigung im wirtschaftlichen Leben als ein meßbarer Schaden in Betracht kommt." Ein solcher Schaden bestehe aber bei dem verunglückten Arbeiter in dem vorliegenden Falle nach der Überzeugung des hohen Gerichtes nicht.

Ebensowenig Glück hatte der Holzbildhauer im Falle unter 10 mit seiner Behauptung, daß er in seinem Beruf als Holzbildhauer durch den Verlust des linken Ringfingers noch erheblich in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt werde. Auch er muß sich an seinen Zustand gewöhnt haben, entschied das Reichsversicherungsamt, „selbst dann, wenn dem Arbeiter zuzugeben ist, daß sein Beruf als Holzbildhauer hohe Anforderungen an die Geschicklichkeit beider Hände stellt".

Schließlich sei der Fall unter 9 erwähnt. Der Verunglückte hatte sich durch einen früheren Unfall den Daumen der linken Hand verletzt. Dazu kam jetzt der Verlust des Kleinfingers an derselben Hand. Er bekam für beide Verletzungen keine Rente — er muß sich an seinen Zustand gewöhnt haben.

In zwei der angeführten Fälle stützt sich das Reichsversicherungsamt bei seiner Annahme bezüglich der Gewöhnung darauf, daß die Arbeiter keinen Verlust an Arbeitsverdienst haben. So habe der eine Arbeiter jetzt einen Verdienst von 21 Mk. wöchentlich, während er vor dem Unfall nur 914,15 Mk. pro Jahr verdiente. Der andere Arbeiter lasse in seinen Lohnverhältnissen keine Minderung seiner Leistungsfähigkeit erkennen. Dabei ist aber ganz außer acht gelassen, daß in den letzten Jahren dank dem Drucke der Gewerkschaften sowie infolge des lebhaften Geschäftsganges und der eingetretenen Verteuerung des Lebensunterhaltes für einen Teil der Arbeiter eine Erhöhung der Arbeitslöhne zu verzeichnen ist. Es fragt sich also, ob die beiden verunglückten Arbeiter nicht einen höheren Lohn hätten erlangen können, wenn sie nicht verunglückt wären. Auf diese Frage ist das Reichsversicherungsamt nicht eingegangen.

Im übrigen ließe sich allerdings darüber reden, daß diejenigen verunglückten Arbeiter, die nachweislich nach dem Unfall denselben Verdienst haben wie unverletzte Arbeiter derselben Art, keine Unfallrente erhalten. Dann müßte aber unter allen Umständen diesen Arbeitern die volle Entschädigung gesichert sein, sobald sie nachträglich in ihrem Lohne gekürzt werden oder ganz ohne Arbeit dastehen und infolge der Verletzung keine vollbezahlte Arbeit finden. Denn dann haben sie doch fraglos einen Schaden. Nach den geltenden Unfallversicherungsgesetzen jedoch hat der verunglückte Arbeiter in solchen Fällen keinen Anspruch auf Entschädigung, sein nachträglicher Verlust an Arbeitsverdienst hat gar keine Bedeutung. Dieser „Rechts"zustand ist eine schwere Ungerechtigkeit gegen die verunglückten Arbeiter.

Das stärkste Stück aber ist die Begründung in dem Falle unter 2. Der verunglückte Arbeiter hatte den Nachweis geliefert, daß er jetzt weniger als vor dem Unfall verdient. Diese Tatsache „kann", so ist in der Begründung zu lesen, „gegenüber dem objektiven Befund als entscheidend nicht angesehen werden, und zwar um so weniger, als für die Bemessung der Unfallrente die Möglichkeit, auf dem gesamten Arbeitsmarkt Verdienst zu erzielen, in Betracht zu ziehen ist". Der „objektive Befund" ist der, daß der Arbeiter das Nagelglied des linken Daumens verloren hat. Ob tatsächlich die Leistungsfähigkeit des verunglückten Arbeiters vermindert worden ist, läßt sich vom grünen Tische aus durchaus nicht mit absoluter Sicherheit beurteilen. Die Tatsache dagegen, daß sich der Arbeiter mit einem gekürzten Verdienst begnügt, läßt auf eine Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit schließen. Daran ändert auch der Hinweis auf den „gesamten Arbeitsmarkt" nichts. Denn selbstverständlich rechnet jeder Arbeiter mit dem „gesamten Arbeitsmarkt" insoweit, daß er jede andere Stelle, in der er sich verbessert, mit Freuden gegen die schlechtere vertauscht, wenn er dazu Gelegenheit hat. Wenn also der verunglückte Arbeiter die Arbeit trotz des gekürzten Arbeitsverdienstes behalten hat, so beweist dies aufs klarste, daß der Arbeiter auch auf dem „gesamten Arbeitsmarkt" eine günstigere Arbeitsstelle nicht gefunden hat.

Die Arbeiter müssen daher die Praxis des Reichsversicherungsamtes, die zu derartigen Entscheidungen geführt hat, als eine solche, die ganz und gar nicht zu den Verhältnissen unseres wirtschaftlichen Lebens paßt, mit allen Kräften bekämpfen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Uns wird geschrieben: Die Gewerkschaftsbewegung hat im Berichtsjahr wieder einen bedeutenden Aufschwung genommen; auch die christlichen Gewerkschaften sind daran wie früher in erheblichem Maße beteiligt. Sowohl an Mitgliederzahl, Leistungsfähigkeit wie innerer Konsolidation stand unsere Bewegung im Jahre 1906 im Zeichen eines gewaltigen Fortschritts. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung insgesamt dürfte nunmehr hinsichtlich der Mitgliederzahl an der Spitze aller europäischen Länder sowie der Vereinigten Staaten von Nordamerika stehen — so heißt es im letzten Hefte des Zentralblatts der christlichen Gewerkschaften, wo der Generalsekretär Stegerwald Bericht erstattet über das abgelaufene Geschäftsjahr.

Wie brüderlich, wie solidarisch sich die Christlichen geben können, wenn es gilt, sich auf Kosten anderer herauszustreichen. Die „deutsche Gewerkschaftsbewegung" — als ob es hier nur eine allgemeine große Organisation gäbe, oder, da sich das Vorhandensein mehrerer Organisationen nicht gut leugnen läßt, doch Organisationen von gleichen Zielen, gleichen Grundsätzen und gleicher Macht. So ist es nun doch wohl nicht. Es gibt allerdings eine deutsche Gewerkschaftsbewegung, die von den zwei Millionen klassenbewußter, in den freien Verbänden organisierter Arbeiter gebildet wird. An ihr haben die Christlichen keinen Teil, sie sind im Gegensatz zur deutschen Gewerkschaftsbewegung, zu ihrer Schädigung und Vernichtung gegründet worden, und wenn ihnen das nicht gelungen ist, wenn wir heute in Deutschland eine Gewerkschaftsbewegung von achtunggebietender Stärke haben, so liegt das nicht am guten Willen und an der Mitwirkung der Christlichen, sondern an dem gesunden Organisationsgedanken und der Werbekraft der freien Gewerkschaften. Jetzt allerdings ist es eine bequeme Sache der Christlichen, sich mit ihrer Viertelmillion neben das Zweimillionenheer der freien Verbände zu stellen und zu verkünden: Wir, die deutschen Gewerkschaften, sind die stärksten der Welt!

Die christlichen Gewerkschaften zählten Ende vergangenen Jahres 260 000 Mitglieder, soweit die vom Gesamtverband angeschlossenen Organisationen in Betracht kommen. Sie machen sich zwar immer noch das Vergnügen, sich die Verbände des Eisenbahn- und Postpersonals zuzuzählen und mit diesen ihre Mitgliederzahl auf 335 247 hinaufzuschrauben, als ob diese Verbände oder gar der wunderliche Verein zur gegenseitigen Hilfe in Beuthen überhaupt als Gewerkschaften in Betracht kämen! Wir wollen ihnen das Vergnügen lassen, aber an dem Zahlenschwindel nicht teilhaben und uns an jenen 260 000 Mitgliedern halten. Gegen das Vorjahr ist eine Zunahme von 68 350 zu verzeichnen. Halten wir dem gegenüber die entsprechenden Zahlen der freien Gewerkschaften, so hatten diese beim letzten Jahresschluß 1 797 285 Mitglieder und eine Zunahme gegen das Vorjahr von 367 982. Mit anderen Worten: die christlichen Gewerkschaften zählen ein Siebtel von der Stärke der freien Verbände, und fast die Hälfte mehr, als die christlichen Gewerkschaften nach dreizehnjährigem Bestehen zählen, nehmen die freien Gewerkschaften in einem Jahre zu.

Derartige Zahlen sind in ihren Unterschieden zu überzeugend, als daß sich an ihnen makeln ließe; sie sind auch in ihrer Überzeugungskraft geeignet, die Christlichen zur Bescheidenheit zu erziehen. Wer die ersten Jahre des christlichen Gewerkschaftsrummels mitgemacht hat, der weiß, mit welchen Hoffnungen und Berechnungen die Christlichen damals auftraten. 8 Prozent der deutschen Arbeiter sind in den freien Verbänden organisiert; die anderen 92 Prozent wollen von den bestehenden Organisationen nichts wissen. An diese wenden wir uns und wollen sie auf christlicher Grundlage organisieren — so hörte man es damals von den Christlichen verkünden. Wenn sie auch wohl selber nicht daran glaubten, die 92 Prozent der deutschen Arbeiter für sich zu gewinnen, so waren sie doch fest davon überzeugt, daß sie, getragen von der Gunst des Zentrums, des Klerus, der Behörden und der Unternehmer, die freien Gewerkschaften bald erreicht und auch überflügelt hätten. Waren doch die christlichen Gewerkschaften bestimmt, der Sozialdemokratie samt der Gewerkschaftsbewegung das Wasser abzugraben, den „Umsturz" zu „überwinden" und an die Stelle der revolutionären Arbeiterbewegung eine solche mit staatserhaltender Gesinnung und auf den Ausgleich der Interessen gerichtete zu setzen.

Den Gedanken an solche Dinge haben die Christlichen fahren lassen müssen, da der Unterschied von einer Viertelmillion und zwei Millionen Mitgliedern doch wohl nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist. Und so bekennt denn Herr Stegerwald: „Wir haben uns noch nie der Illusion hingegeben, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in ihrer äußeren Entwicklung durch unsere Organisationen in nächster Zeit erreicht oder übertroffen werden könne." Nun, diese Illusion hat ehedem in christlichen Kreisen fast allgemein bestanden; es ist sehr löblich für Herrn Stegerwald, wenn er an dieser Illusion nicht teilgenommen hat, und es würde noch löblicher für ihn sein, wenn er dieser Illusion nicht nur für die nächste Zeit, sondern für immer entsagen wollte. Er sieht nämlich immer die Sache für seine Organisationen zu günstig an, wenn er meint, daß die Christlichen bald 500 000 und die freien Gewerkschaften bald 2½ Millionen Mitglieder zählen würden. Wir können's ihm schriftlich geben, daß wir weit eher die 2 500 000, als die Christlichen ihre 500 000 Mitglieder haben, selbst wenn demnächst die vaterländischen Arbeitervereine ins Lager der gesinnungsverwandten Christen ziehen würden.

Im einzelnen zählen von den christlichen Organisationen Ende 1906 die Bauarbeiter 75 153, Bauhandwerker und Hilfsarbeiter 38 076, Textilarbeiter 36 984, Metallarbeiter 26 272, bayerische Eisenbahner 23 811, Hilfs- und Transportarbeiter 13 430, Holzarbeiter 10 435, Keramarbeiter 8022, Tabakarbeiter 7638, Schuh- und Lederarbeiter 3739, Schneider 3285 und so herab bis zu den Gärtnern mit 420 Mitgliedern. Dabei beachte man das eine: die christlichen Gewerkschaften haben ihr Hauptverbreitungsgebiet in Rheinland und Westfalen, wo außer den Bergarbeitern besonders stark die Metallarbeiter vertreten sind. Der christliche Metallarbeiterverband hat seinen Sitz in Duisburg, also mitten im Gebiet der Eisenindustrie. Und trotz diesen günstigen Bedingungen hat von der gesamten deutschen Metallarbeiterschaft der christliche Verband, der 1899 gegründet wurde, bis jetzt ganze 26 000 Mann zu organisieren vermocht — ein vortrefflicher Beweis für die von den christlichen Agitatoren verbreitete Mär, daß die gutgesinnte, gläubige Arbeiterschaft unter dem Druck des „sozialdemokratischen Terrorismus" seufze und sich sehne nach einer Organisation, worin sie unter dem Schutze ihres Glaubens und ihrer Meinung der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen nachgehen könne.

Der Bergarbeiterverband bildet vor wie nach als weitaus größte Organisation den Kern und Rückhalt der christlichen Gewerkschaften; da er sich zudem vorwiegend auf das Ruhrgebiet beschränkt, so ist er hier immer von beträchtlicher Bedeutung. Ebenso bilden die Textilarbeiterorganisationen am Niederrhein eine ansehnliche Macht. Sehen wir uns aber die übrigen Verbände an, so treten sie gegen die freien Gewerkschaften vollständig zurück: zehnmal stärker sind unsere Mitglieder im Baugewerbe, vierzehnmal in der Metallindustrie, siebzehnmal in der Holzindustrie — diese drei Zahlen der Hauptindustriezweige sollten genügen, die dauernde Überlegenheit der freien Gewerkschaften über die Christlichen darzutun.

Was die Kassenverhältnisse betrifft, so betrugen die Einnahmen der dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen 3 378 833 Mk., die Ausgaben 2 709 260 Mk., der Kassenbestand 2 370 782 Mk. Von den Einnahmen kamen auf Beiträge 3 033 217 Mk., Aufnahmegebühr 59 469 Mk., Extrabeiträge 107 678 Mk., sonstige Einnahmen 170 902 Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Verbandsorgane 275 260 Mk., Agitation 262 787 Mk., Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 853 435 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 34 464 Mk. Krankengeld 265 485 Mk., Sterbegeld 136 994 Mk., Verwaltungskosten 124 977 Mk., Rechtsschutz 61 233 Mk., Gehälter 76 631 Mk., Anteil der Lokalkassen 434 622 Mk., Beitrag an den Gesamtverband 35 470 Mk., Bibliothek und sonstige Bildungszwecke 15 208 Mk.

Der Bericht betont zum Schluß, daß der christlichen Gewerkschaftsbewegung im vergangenen Jahre „wieder reichliche Erfolge beschieden" waren; sie habe „an der Bessergestaltung des Lohnes der deutschen Arbeiterschaft in erheblichem Maße mitgewirkt, die Zahl ihrer Anhänger bedeutend vergrößert und ihre inneren Einrichtungen verbessert". Der Bericht vergißt aber dabei zu erwähnen, daß bei allem, was für die deutsche Arbeiterschaft erreicht worden ist, die freien Gewerkschaften den Grund gelegt und die entscheidenden Kämpfe geführt haben. Die christlichen Gewerkschaften für sich wären nichts, keine ihrer Organisationen ist stark genug, dem Unternehmertum auch nur einen Groschen höheren Lohn und eine Viertelstunde weniger Arbeitszeit abzuringen. Was sie sind, sind sie nur durch das Vorbild und die Vorarbeit der freien Gewerkschaften, auf die sie zwar gehörig schimpfen können, denen sie aber doch alles nachmachen, wo sie praktisch etwas leisten wollen.

Wie die Christlichen ihre Entstehung der klassenbewußten Arbeiterbewegung verdanken, so auch dasjenige, was sie sich als Erfolge zuschreiben. Die christlichen Gewerkschaften entstanden, als sich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung den katholischen Gefilden näherte und hier die Arbeiter aus ihrem Schlummer aufrüttelte. Da wurde das Zentrum mobil und empfand auf einmal das Bedürfnis nach christlichen Gewerkschaften. Der Sozialismus hat den Organisationstrieb der katholischen Arbeiter geweckt, den dann das Zentrum mit christlichen Gewerkschaften zu befriedigen suchte. Und von den Fortschritten der allgemeinen Arbeiterbewegung, deren Bahnbrecher und Vorkämpfer auf wirtschaftlichem Gebiete die freien Gewerkschaften sind, haben die Christlichen mit profitiert. Ihre Erfolge bestehen darin, daß sie fleißig die Brocken sammeln, die von andermanns Tisch fallen.

Soziales.

Vom Fleischwucher.

Allenthalben hört man Klagen über die hohen Fleischpreise, die in keinem Verhältnis zu den zurückgegangenen Viehpreisen stehen, und der Vorwurf, daß die Fleischermeister die günstige Gelegenheit benützen, einen unberechtigten Profit einzustreichen, ist nicht von der Hand zu weisen. Sieht sich doch sogar die „Deutsche Fleischerzeitung" genötigt, den Fleischern zu raten, die Preise nicht nur dem eigenen individuellen Nutzen gemäß zu normieren, sondern in Berücksichtigung der allgemeinen Geschäftslage tiefer damit herunterzugehen. Aber die ehrbaren Fleischermeister denken nicht daran. Wenn sie auch bei einer Erhöhung der Viehpreise sofort mit Preissteigerungen bei der Hand sind, um die Last auf die Konsumenten abzuwälzen, so bezeigen sie doch sehr wenig Lust, den gesunkenen Viehpreisen durch eine entsprechende Reduzierung der Kleinverkaufspreise Rechnung zu tragen. Im Gegenteil, sie weisen bei passender Gelegenheit darauf hin, daß die Schweinepreise im Juli und August gewöhnlich in die Höhe gehen, um damit anzudeuten, daß statt einer Ermäßigung, eine weitere Erhöhung der Fleischpreise in Aussicht steht.

Diese Auswucherung der Bevölkerung, welche naturgemäß die ärmeren Schichten am stärksten trifft, macht die Ergreifung geeigneter Gegenmaßregeln zur zwingenden Notwendigkeit. Wie stark es die Fleischermeister treiben, kann man unter anderem daraus ermessen, daß sogar die königlich sächsische Regierung, die doch sicherlich nicht im Geruch sozialpolitischen Draufgängertums steht, sich veranlaßt sah, Erhebungen anzustellen. Das Amtsblatt der sächsischen Regierung, das „Dresdener Journal" brachte eine Mitteilung, in der es heißt: „Da unberechtigt hohe Fleischpreise insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung unnötig belasten, den Fleischverbrauch einschränken, damit auch die Entwick-

lung der heimischen Viehzucht beeinträchtigen und einer erneuten Viehteuerung Vorschub leisten, so hat die sächsische Regierung anfangs Juni an den Hauptorten Feststellungen darüber veranlaßt, 1. in welchem Umfange sich dort eine auffallend große Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen zeige, 2. auf welchen Ursachen sie beruhe und 3. wie auf die Herabsetzung ungerechtfertigt hoher Fleischpreise hingewirkt werden könne."

Mit solchen Erhebungen ist freilich nicht viel geholfen, denn erfahrungsgemäß sind Erhebungen, Erwägungen usw. ein beliebtes Mittel unserer Regierungen, um die Durchführung notwendiger Maßnahmen auf die lange Bank zu schieben. Ob es in diesem Fall anders ist, bleibt abzuwarten. Etwas weiter sind einige sächsische Stadtverwaltungen gegangen. Der Rat der Stadt Dresden hat in einer Kundgebung im Amtsblatt den Fleischern nahe gelegt, die Fleischpreise herabzusetzen. In dem betreffenden Artikel werden die Ausreden der Fleischer widerlegt und zur Illustrierung des außerordentlichen Profits, den sie einheimsen, wird darauf hingewiesen, „daß die Fleischer für ihren Bedarf (in Dresden) an Schweinen in einer einzigen Woche 150000 Mk. weniger ausgegeben haben als zur Zeit der Viehteuerung, beim Verkauf des Fleisches aber nur einen Nachlaß von kaum 70000 Mk. gewähren." In Chemnitz hat der Stadtrat beschlossen, Bestimmungen zu erlassen, die den öffentlichen Aushang der Fleischverkaufspreise nach Fleischgattung und Güte in den offenen Verkaufsstellen vorschreiben. Es sollen dadurch die Bewohner von Chemnitz wenigstens in den Stand gesetzt werden, die Preise der einzelnen Fleischer miteinander vergleichen zu können.

Energischer ist man in anderen Städten vorgegangen. So beschloß der Magistrat von Neu-Ulm als Antwort auf die Weigerung der Metzger, die Schweinefleischpreise herabzusetzen, die Errichtung städtischer Fleischverkaufsstellen. In Berchtesgaden beschloß der Magistrat, sämtlichen Landwirten und Viehbesitzern die freie Benutzung des städtischen Schlachthauses behufs freihändigen Verkaufs von fettem Vieh und Fleisch zu bewilligen, um die hohen Fleischpreise herabzusetzen. Gleiche Maßnahmen zu treffen war der Stadtverwaltung von Jena nicht möglich, da die Stadt noch nicht im Besitz eines eigenen Schlachthofes ist. Der Gemeindevorstand erklärte sich aber auf Ersuchen des Gemeinderats bereit, mit den Fleischermeistern behufs Herabsetzung der Fleischpreise zu verhandeln.

Derartige Verhandlungen suchte auch der Bürgermeister des lothringischen Städtchens Dietenhofen anzubahnen; da aber die Metzgermeister auf eine Anfrage nicht einmal antworteten, so hat die Stadtverwaltung die Lieferung von wöchentlich 1000 Pfund Schweinefleisch ausgeschrieben, welches öffentlich zum Verkauf gebracht wird, sehr zum Ärger der biederen Metzgermeister, die jetzt ob der ihnen bereiteten Konkurrenz Skandal machen. Das Bürgermeisteramt erläßt deshalb eine Bekanntmachung, in welcher es den Metzgermeistern anheimgibt, „sich persönlich an die Stadtverwaltung zu wenden und einen Plan zur Verständigung vorzuschlagen. Wenn die Schweinemetzger die Verkaufspreise im richtigen Verhältnis festsetzen wollen und sich unterschriftlich verpflichten, diese Preise ehrlich zu beachten, dann dürfte für die Stadtverwaltung und -vertretung keine Veranlassung mehr vorliegen, den städtischen Fleischmarkt länger beizubehalten. Die Gemeindeverwaltung will keine illoyale Konkurrenz machen, sondern nur da preisregulierend auftreten, wo nach allgemeiner Überzeugung die Konsumenten übervorteilt werden."

Ein ähnliches Vorgehen plant auch die Stadt Hanau, und in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der den Magistrat ersucht, „Maßnahmen zu treffen, um der trotz Rückgang der Viehpreise anhaltenden Fleischteuerung entgegenzuwirken, entweder durch Errichtung eigener Fleischverkaufsstellen oder durch Freigabe geeigneter Lokalitäten, in denen die Landwirte ihre Fleischprodukte selbst verkaufen können", dem sozialpolitischen Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung überwiesen.

Wie sehr derartige Maßnahmen einem vorhandenen Bedürfnis entsprechen, beweisen die Erfahrungen, die man in Eberswalde mit der Errichtung einer städtischen Schlächterei gemacht hat. Auch hier hatten Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Schlächterinnung stattgefunden zwecks Herabsetzung der Fleischpreise. Als diese nicht den gewünschten Erfolg zeitigten, wurde eine städtische Schlächterei errichtet. Am Eröffnungstag wurden probeweise acht Schweine geschlachtet, und binnen einer halben Stunde war der ganze Vorrat ausverkauft.

Das Vorgehen der Städteverwaltungen zur Beschaffung billigeren Fleisches wird unterstützt durch ähnliche Maßnahmen, welche von landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgehen. Natürlich schwebt diesen nicht in erster Linie als Ziel vor, die städtische Bevölkerung mit billigem Fleische zu versorgen, aber bei dem hohen Zwischengewinn der Fleischermeister finden sie es profitabler, direkt mit den Fleischkonsumenten in Verkehr zu treten. So wird aus dem Rheinland berichtet, daß sich dort in verschiedenen Orten Vereinigungen von Landwirten gebildet haben, die Fleisch zu billigeren Preisen als die Metzger ausbieten, und die Absatzgenossenschaft des rheinischen Bauernvereins will dem Beispiel folgen. Auch in Berlin hat sich unter dem Namen „Pommerscher Fleischverkaufsverband" eine Fleischereigenossenschaft gebildet, die aus Landwirten besteht, welche ihr Vieh selbst schlachten und das Fleisch an die Konsumenten direkt absetzen wollen.

Zu wünschen wäre, daß diese Maßnahmen zu einer durchgreifenden Verbilligung der Fleischpreise führen. Optimistischen Hoffnungen darf man sich freilich trotz alledem nicht hingeben, denn die Tendenz der Regierung und der Gesetzgebung ist zurzeit in Deutschland mehr denn je darauf gerichtet, der arbeitenden Bevölkerung die Lebenshaltung zu verteuern. Und in dieser Beziehung wird es so lange nicht anders werden, als bis die Arbeiter durch umfassende Organisationen sich instand setzen, ihre Geschicke selbst zu lenken.

Unkenrufe. Seit dem Abgang des Grafen Posadowsky wittern die Reaktionäre und Scharfmacher wieder Morgenluft. So begrüßt ein Herr v. Jagwitz, der durch reaktionäre Gesetzgebungsvorschläge wiederholt von sich hat reden gemacht, im Scherlschen „Tag" den neuen Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg als den richtigen Mann, „das Kaiserwort über die Fortführung der Sozialreform: „Nun erst recht" einzulösen, und zwar auf Wegen, die den bisher von ihm eingeschlagenen konservativen entsprechen und nicht zu den sachlichen Bedürfnissen preußischer Verwaltungspraxis im Widerspruch stehen". Bethmann-Hollweg wird weiter als der richtige Mann für den Hausgebrauch der Reaktionäre, der in das Fahrwasser der sozialen Reformer und Katheder-Ideologen nicht hineingeraten wird, gefeiert. Zunächst werde der neue Minister eine Verschlechterung des § 153 der Gewerbeordnung in die Wege zu leiten haben.

„Glaubt die Reichsregierung eine Mehrheit für ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen im Reichstag nicht finden zu können, so sorge sie wenigstens für eine vernünftige Auslegung und strenge Handhabung der vorhandenen Gesetze. Selbst wenn das „Picketing" (Streikpostenstehen) nach englischem Muster als ein gesetzlich erlaubtes Hilfsmittel des Ausstandes angesehen wird, können die drohenden Ansammlungen lärmender Arbeiter, die gegenwärtig auf den Berliner Bahnhöfen die zuziehenden Bauhandwerker empfangen und zur Rückfahrt zu bestimmen suchen, nicht mehr als Streikposten betrachtet werden."

Ähnliche reaktionäre „Sozialpolitik" wird von dem neuen Minister auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung und der Rechtsfähigkeit für Berufsvereine erwartet. Aus dem Geschreibsel ergibt sich, daß die Reaktionäre recht hoffnungsfreudig der Zukunft entgegengehen. Woraus wir die Lehre zu ziehen hätten, daß wir uns auf erbitterte Kämpfe mit Scharfmachern und Scharfmachergenossen vorzubereiten haben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Juli: Blomberg 5 Pf., Castrop 5 Pf., Friedrichshagen 25 Pf., Hartha 10 Pf.; ab 15. Juli: Pirna 5 Pf., Schwedt 20 Pf.; ab 1. August: Cuxhaven 5 Pf., Gleiwitz 10 Pf., Karlsruhe 15 Pf., Nordenham 10 Pf., Zittau 10 Pf.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

83993 August Röder, Tischler, geb. 17. 7. 74 zu Guerdorf.
137729 Georg Gerber, Tischler, geb. 11. 11. 85 zu Kronach.
158197 Heinr. Stöver, Tischler, geb. 21. 9. 78 zu Beckendorf.
201053 Gottlieb Lage, Tischler, geb. 3. 6. 80 zu Hadersleben.
248501 Chr. Westermann, Tischler, geb. 18. 2. 48 zu Soltau.
272846 Gustav Krohe, Tischler, geb. 26. 7. 78 zu Seiferdau.
297839 Ludw. Nauth, Tischler, geb. 13. 12. 80 zu Dierheim.
322905 Balthasar Berg, Modelltischler, geb. 26. 11. 83 zu Osnabrück.
325901 Wilhelm Aue, Tischler, geb. 10. 3. 81 zu Berlin.
363053 Erich Oppert, Tischler, geb. 29. 7. 87 zu Merbitzdorf.

Stuttgart, Adlerstraße 41. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Alsfeld. „Die Verhältnisse in der Alsfelder Möbelfabrik und das Verhalten des Direktors Ramspeck den organisierten Kollegen gegenüber" lautete das Thema, über welches am 7. Juli Kollege Weiß-Mainz in gut besuchter Volksversammlung referierte. In vortrefflicher Weise entledigte sich der Referent seiner Aufgabe und wies in scharfen Worten das maßlose Vorgehen des Direktors Ramspeck zurück, zugleich bedauernd, daß Herr Ramspeck nicht selbst erschienen sei, um sich Auge in Auge den Kollegen gegenüber auszusprechen. Herr Ramspeck behauptet nämlich, daß er sich um die Organisation seiner Leute nicht kümmere und habe Steuernagel nicht entlassen, weil er im Verband sei, sondern einzig und allein sei er Herr im Hause und dulde keine Nebenregierung. Trotzdem haben sich einige Kollegen genannter Fabrik vom Verband abgemeldet mit den Worten: Herr Ramspeck leidet's nicht, oder Herr Ramspeck will's nicht haben. Fest steht nur, daß sich Herr Ramspeck nicht darum kümmert, ob seine Leute mit dem von ihm gezahlten Lohne auskommen oder nicht. Trotzdem fand sich in dieser Versammlung noch ein Arbeiter genannter Fabrik, welcher das Verhalten des Herrn Ramspeck als korrekt bezeichnete. Er führte unter anderem aus, Steuernagel habe einen schönen Lohn gehabt und hätte deshalb die anderen Arbeiter in Frieden lassen sollen, ferner müsse ein Arbeiter doch auch wissen, ob er mit einem Direktor, Meister oder dummen Jungen spreche. Dieser Auchkollege wurde denn auch von mehreren Kollegen und dem Referenten ganz gehörig nach Hause geschickt. Besonders aufmerksam verfolgten die Anwesenden die Ausführungen über das verwerfliche Verhalten eines Meisters genannter Fabrik, welcher in unerhörter Weise die Frauenehre unserer Mitarbeiterinnen in dieser Fabrik mit Füßen tritt. Der Herr Direktor Ramspeck sei dafür mit verantwortlich zu machen, weil er diesen Meister im Betrieb duldet, obwohl diese Dinge nicht unbekannt seien. In seinem Schlußwort appellierte Kollege Weiß an alle Anwesenden, mehr denn je zu agitieren und kein Mittel unversucht zu lassen, um auch den letzten Mann in dieser Fabrik für die Organisation zu gewinnen, denn erst dann sei es möglich, auch in diese Fabrik andere Verhältnisse zu bringen.

Apolda. Der Besuch unserer Mitgliederversammlungen läßt noch viel zu wünschen übrig, und man sieht immer bloß die alten Gesichter. Kollegen, das muß anders werden. Über ein Jahr ist bereits verflossen seit unserer Lohnbewegung, wir können aber nicht sagen, daß wir nun für immer genug geleistet haben. Nein, unser nächstes Ziel muß sein, wenigstens einmal unseren Nachbarstädten gleichzukommen. Wir hatten am 10. Mai d. J. eine Forderung zwecks Regelung der Überstunden an die Tischlerinnung und an Herrn Weißbrodt eingereicht. Am 17. Juli ist uns die Antwort der Innung zugegangen, welche die Anerkennung der Forderung enthält. Demnach werden Überstunden bis 9 Uhr abends pro Stunde mit 10 Pf. Aufschlag und Nachtarbeit über 9 Uhr abends und Sonntagsarbeit pro Stunde mit 20 Pf. Aufschlag bezahlt. Die Antwort des Herrn Weißbrodt steht noch aus und wird wohl auch nicht zu erwarten sein, denn die größere Hälfte der dort Beschäftigten stehen uns noch fern, respektive sind von uns gestrichen. Man sieht also, daß man mit der Innung mitunter besser fährt als mit einzelnen Meistern. Der Erfolg ist auch nicht zu unterschätzen, denn die Sonntagsschufterei wird dadurch wohl ein wenig eingeschränkt werden. Also, Kollegen, komme ein jeder in die Versammlung und denke nicht, „ohne mich geht es auch". Es ist jetzt Zeit, daß wir von neuem rüsten und dann werden wir auch weiter vorwärts kommen.

Bremen. (Modelltischler.) In der Branchenversammlung am 13. Juli hielt der Genosse Eberle einen Vortrag über wirtschaftliche und politische Organisationen. Die Neuregelung der Arbeitszeit ab 1. Oktober 1907 auf der Aktiengesellschaft Weser wurde einer Werkstattversammlung überwiesen. Unter Verschiedenes wurde getadelt, daß Kollegen von auswärts hier zureisen und in Arbeit treten, ohne sich mit der Ortsverwaltung oder der Branchenleitung in Verbindung gesetzt zu haben. Mögen die Kollegen, welche gesonnen sind, hier in Arbeit zu treten, sich vorher mit der Ortsverwaltung (Kurze, Wallfahrt 13) oder mit dem Branchenleiter E. Jung, Bannerstr. 3, in Verbindung setzen; auf keinen Fall werden wir dulden, daß unsere Kollegen die Beschlüsse durchbrechen. Sodann wurde mit Recht Klage darüber geführt, daß uns von auswärts, namentlich durch sogenannte Modellkrauter, die größte Konkurrenz bereitet wird. So ist es vorgekommen, als wir in diesem Frühjahr 14 Tage ausgesperrt waren, daß viele Arbeit nach auswärts seitens der Norddeutschen Maschinen- und Armaturenfabrik gegeben wurde, hauptsächlich nach Hamburg-Altona, Leipzig, Cöln (Peter Koch). Unsere Kollegen verrichten auf diese Weise unbewußt Streikarbeit. In Zukunft werden wir nähere Angaben der Zentralkommission in Magdeburg zustellen, damit dieses verhindert wird. Auch wird uns vom Fabrikanten und Meister gesagt: Auswärts bekommen wir die Arbeit mit Holz viel billiger, als wir Arbeitslohn zahlen müssen. Daraus können die Kollegen ersehen, daß ein jeder für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten muß, damit solche Schmutzkonkurrenz beseitigt wird.

Breslau. (Drechsler). Die am 15. Juli abgehaltene Sektionsversammlung beschäftigte sich in erster Linie mit dem Ausschluß einzelner Kollegen, die bei unserem diesjährigen Lohnkampfe sich als „Arbeitstreue" erwiesen haben. Ausgeschlossen wurden: W. Schubert, Karl Herzog und Kahlert. Die Lohnbewegung selbst brachte den hiesigen Drechslern sehr nennenswerte Vorteile. Im Jahre 1906 wurde der erste Tarif für die hiesigen Drechsler geschaffen. Da die Preise grundverschieden am Orte waren, so war dies nur ein Ausgleichstarif, auf Grund dessen wir dieses Jahr mit bestimmten Forderungen vorgehen konnten. Nach fünfwöchigem Streik sah sich die Innung genötigt, mit uns in Verhandlungen einzutreten, und einen Tarif abzuschließen, bei dem die 9stündige Arbeitszeit, die Erhöhung der einzelnen Akkordsätze um durchschnittlich 11 Prozent und die Festsetzung von Mindeststundenlöhnen in Höhe von 38, 40 und 45 Pf. bewilligt wurden. Bei den allgemeinen Bestimmungen ist auch der Passus: der Arbeitsnachweis ist paritätisch und sind Arbeitskräfte nur von dort zu beziehen, sowie die Freigabe des ersten Mai als Arbeiterfeiertag, mit der wichtigste. In Breslau wird der größte Teil der Drechsler bei Tischlermeistern beschäftigt. Der Tarif, der mit den Tischlermeistern abgeschlossen wurde, ist hinsichtlich der allgemeinen Bestimmungen gleichlautend mit dem mit der Drechslerinnung abgeschlossenen, nur sind hier die Akkordsätze um 10 bis 15 Prozent höhere. — Zur Drechslerkonferenz haben wir gleich nach der Bekanntmachung des Hauptvorstandes, dieselbe sei bewilligt, Stellung genommen, und wurde die hier angenommene Tagesordnung sowie Tagungsort dem Hauptvorstand mitgeteilt. Wundern tut es uns, daß die Sache auf die lange Bank geschoben wird. Es wäre doch besser, jetzt in der flauen Zeit, wo die Kollegen abkömmlicher sind, dieselbe abzuhalten, als vielleicht im September, wo bei den Drechslern die Arbeit gut geht.

Frankfurt a. M. Eine Arbeitsnachweiskonferenz aller Zahlstellen in der näheren Umgebung von Frankfurt a. M. fand auf Anregung unserer Zahlstelle am 7. Juli hier statt. Es nahmen daran teil die Zahlstellen Darmstadt, Frankfurt a. M., Friedberg, Hanau, Homburg v. d. H., Kelkheim, Mühlheim, Höchst, Neu-Isenburg, Offenbach, Rumpenheim, Sprendlingen, Vielbel, Wiesbaden und Worms; 29 Delegierte waren anwesend. Kollege Brückner-Frankfurt a. M. als Referent schilderte in ausführlicher Weise, welche Waffe der Arbeitsnachweis im heutigen wirtschaftlichen Kampfe ist. Es stehe fest, daß überall da, wo der Arbeitsnachweis gut ausgebaut ist, vermittels desselben auch ein Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgeübt werden könne. Wohl könne man verschiedener Meinung darüber sein, welche Art von Arbeitsnachweis vorzuziehen sei, ob der paritätische oder derjenige des Verbandes, und es sei gerade Zufall, daß einen Tag später in Eisenach der Vorstand des Arbeitgeberverbandes und des Holzarbeiterverbandes zu einer Konferenz zusammentreten, um ein Regulativ für einen paritätischen Arbeitsnachweis auszuarbeiten, es sei dann ganz selbstverständlich, wenn ein solches zustande komme, daß sich die Zahlstellen des Gaues Frankfurt a. M. dem anschließen müßten, jedoch müsse jede Zahlstelle verpflichtet werden, solange auf paritätischer Grundlage nichts geschaffen sei, einen eigenen Arbeitsnachweis einzurichten. An der Hand verschiedener Beispiele weist Redner nach, wie sich die Kollegen immer nach

jenen Orten ziehen, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen bessere sind, aber keineswegs den Arbeitsnachweis benutzen, sondern einfach umschauen und so durch das Überangebot die Löhne herabdrücken. Besonders habe Frankfurt a. M. darunter viel zu leiden. Es müsse deshalb mehr Aufklärung unter den Kollegen nach dieser Seite hin geschaffen werden, damit das schädlich wirkende Umschauen beseitigt werde. Im weiteren sei es auch Aufgabe der Zahlstellen, mehr Gewicht auf den Ausbau des Vertrauensmännersystems zu legen; diese müßten veranlaßt werden, alle freiwerdenden Plätze sofort dem Arbeitsnachweis zu melden, damit solche Stellen, wo der Arbeitgeber den Arbeitsnachweis nicht benutzt, sofort wieder durch organisierte Kollegen besetzt werden können. In der Diskussion sprachen sich fast alle Delegierte im gleichen Sinne aus. Die Kollegen Schäfer und Eitner-Wiesbaden waren der Meinung, daß eine Zentralstelle geschaffen werden müsse, durch welche der Austausch der Arbeitskräfte zu erfolgen habe, im weiteren kritisieren beide Redner das Verhalten der Mainzer Lokalverwaltung, indem von Mainz die Kollegen in Werkstellen geschickt werden, welche von Wiesbaden aus gesperrt worden sind, und könne man auf Grund dessen wohl verstehen, weshalb sich Mainz an der Konferenz nicht beteiligt habe. Im gleichen Sinne sprechen sich die Kollegen Schmidt-Homburg, Pforr-Höchst und Weidner-Frankfurt aus. Letzterer ist der Meinung, daß der eigene Arbeitsnachweis allen anderen vorzuziehen sei. Werner-Frankfurt und Denecke-Darmstadt versprechen sich von einer Zentrale wenig, indem es doch immer einen Teil Zahlstellen geben werde, welche sich nicht an die Zentrale halten würden. Fischer-Offenbach und Ahlemeyer-Frankfurt a. M. stehen mehr auf dem Boden des paritätischen Arbeitsnachweises und wendet sich letzterer noch gegen die Vermittlung durch die Vertrauensleute. Weiler-Worms verlangt, daß bei Arbeitsgesuchen von auswärtigen Arbeitgebern erst Erkundigung eingezogen werde um zu verhüten, daß Kollegen nach Arbeitsplätzen geschickt werden, wo die betreffenden Arbeitgeber die ortsüblichen Bedingungen nicht einhalten. Nachstehende Resolution, welche von Weidner-Frankfurt begründet wurde, gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Der Arbeitsnachweis ist ein wertvolles Mittel zur Hebung der Lage des Arbeiters und Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Durch den Arbeitsnachweis wird die Stabilität der Mitgliedschaft und das Vertrauen der Kollegen zur Organisation gefördert; ferner werde durch ihn die bessere Möglichkeit der Sicherung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geboten, was gerade im Gau Frankfurt mit seinem starken Fremdenverkehr besonders wichtig ist.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß

1. soweit es noch nicht geschehen, neben der Arbeitslosenkontrolle Arbeitsnachweise zu errichten sind;
2. die in Arbeit stehenden Mitglieder zu veranlassen sind, alle vakanten Plätze sofort dem Bureau zu melden und die Arbeitslosen zu verpflichten, das Umschauen zu unterlassen;
3. kommunale Arbeitsämter und Inserate unseren Mitgliedern dann freizugeben sind, wenn dieselben vorher unseren Nachweis erfolglos benutzt haben. Die Kollegen sind jedoch verpflichtet, vor Antritt dieser Arbeitsstelle die Genehmigung des Arbeitsvermittlers einzuholen.

Zum besseren Ausbau unserer Arbeitsnachweise soll eine Zentralstelle geschaffen werden, deren Sitz in Frankfurt a. M. ist.

Jede Zahlstelle, welche sich dieser Zentrale anschließt, ist verpflichtet, bei Mangel oder auch bei Überangebot von Arbeitskräften der Zentrale unverzüglich Mitteilung zu machen, die dann für den nötigen Austausch zu sorgen hat.

Zahlstellen, welche keinen eigenen Arbeitsnachweis errichten können, sind gehalten, einen Kollegen zu bestimmen, welcher Arbeitsgesuche sowie Angebote vermittelt oder zur weiteren Erledigung an die Zentrale befördert."

Die Konferenz erwartet nun, daß sich sämtliche Zahlstellen des Gaues, auch diejenigen, welche sich nicht an der Konferenz beteiligt haben, diese Resolution zu eigen machen und dafür sorgen, daß die Arbeitsnachweisfrage in Bahnen gelenkt wird, wie es im Interesse der Arbeiter liegt.

— (Drechsler). Nachdem die hiesigen Kollegen gemeinsam mit den Offenbachern eine Sektion gegründet haben, betrachten wir es als unsere Aufgabe, mehr als seither auf eine Hebung unserer Lage bedacht zu sein. Das ist um so notwendiger, als hier noch Löhne von 20 bis 25 Mk. pro Woche gezahlt werden, etwas besser sind nur die Kollegen daran, die in Möbelfabriken arbeiten, wo sie höhere Löhne erzielen. Bedauerlich ist es, daß die kürzlich ausgegebenen Fragebogen zur Aufnahme einer Statistik so sparsam einlaufen, ein lebhafteres Interesse für die Sache wäre sehr erwünscht. Ebenso nötig ist es, daß die Kollegen die Sektionsversammlung regelmäßig besuchen. Zweckmäßig wäre es, wenn der Vorstand die geplante Konferenz recht bald einberufen würde. Von verschiedenen Seiten ist Leipzig als Tagungsort vorgeschlagen; damit und mit der von den Leipziger Kollegen vorgeschlagenen Tagesordnung sind wir einverstanden. Dagegen müssen wir der Ansicht der Dresdener Kollegen widersprechen, welche die Zahl der Delegierten nach Möglichkeit beschränkt wissen wollen. Wir halten es im Gegenteil für richtig, wenn recht viele Delegierte zusammenkommen, da nur so eine genaue Übersicht über die Lage der Drechsler zu gewinnen ist. Da die meisten Zahlstellen die Delegationskosten aus der Lokalkasse bestreiten, würde die Konferenz, auch wenn sie stark beschickt ist, der Verbandskasse keine erheblichen Kosten verursachen.

Görlitz. (Drechsler.) Eine am 13. Juli tagende Sektionsversammlung beschäftigte sich zum wiederholten Male mit der bevorstehenden Drechslerkonferenz. In längerer Diskussion wurde von allen Kollegen betont, daß die Konferenz zur Verständigung über eine einheitliche Agitation notwendig ist. Es wurde konstatiert, daß der Vorstand die Sache nicht mit der nötigen Energie in die Hand nimmt. Des weiteren wurde Klage geführt, daß eine Reihe Zahlstellen, wo die Massenartikel noch vorherrschend sind, noch keine Stellung zur Konferenz genommen haben, zum Beispiel Liegnitz. Gerade dort herrschen noch so miserable Verhältnisse, daß es tatsächlich notwendig wäre, daß sich die Kollegen endlich einmal aufrafften. Wenn die Konferenz von Nutzen sein soll, dann müssen alle Zahlstellen vertreten sein. In bezug auf die Tagesordnung sind uns die Vorschläge der Hamburger Kollegen am sympathischsten und wurde diesen zugestimmt. Was die Wahlkreiseinteilung anbetrifft, so waren die Kollegen der Meinung, daß möglichst jede Zahlstelle einen Delegierten entsenden soll, da eine Wahlkreiseinteilung, wie sie die Dresdener Kollegen vorschlagen, wegen den verschiedenen Verhältnissen in den einzelnen Orten nicht gut angängig ist. Mit dem Wunsche, der Vorstand wolle die Konferenz spätestens anfangs August einberufen, wurde die Versammlung geschlossen.

Kirchheim-Teck. Die hiesigen Holzarbeiter klagen immer über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, hauptsächlich über das hier übliche Akkordsystem. Der Hauptfehler liegt darin, daß die Kollegen immer in den Wirtschaften oder an ihren Arbeitsplätzen darüber schimpfen, statt daß sie sich organisieren und ihre Pflichten als Verbandsmitglieder erfüllen. Wenn die Kollegen die Versammlungen regelmäßig besuchen und der Lokalverwaltung mit Rat und Tat beistehen, dann könnte auch hier manchem Mangel abgeholfen werden. Die hiesigen Holzarbeiter denken aber vielfach anders, sie gehen viel lieber zu einem Nichtorganisierten, da wird dann geschimpft über schlechte Löhne, schlechte Akkordsätze, über Lokalverwaltung und zuletzt noch: wir zahlen das ganze Jahr in den Verband und haben nichts davon. Das wird dann selbstverständlich bei den Indifferenten mit Freuden aufgenommen. Stellt man einen solchen Kollegen zur Rede und frägt ihn, warum er seine Sache nicht in der Versammlung vorgebracht habe, damit die Lokalverwaltung sie untersuchen kann, so wird einem einfach erklärt: Ich gehe in keine Versammlung, weil dort immer nur persönliche Sachen ausgeschlachtet werden. Das ist aber hier nicht der Fall. Allerdings empfinden die hiesigen Kollegen auch jede sachlich berechtigte Kritik als persönlich. Das darf uns aber nicht hindern, die Verfehlungen einzelner gegen seine Kollegen oder gegen die Organisation nötigenfalls in den Versammlungen zur Sprache zu bringen. Eine sachliche Kritik schadet nie etwas, sondern ist im Gegenteil nur nützlich. Wo sollten wir denn hinkommen, wenn jede noch so berechtigte Kritik als persönlich bezeichnet wird? Wenn es hier so weitergeht, dann untergräbt der Neid und Haß der Kollegen untereinander jeden gesunden Fortschritt. Darum, Kollegen, geht in euch! Werft den Egoismus ab und handelt solidarisch. Besucht die Versammlungen, handelt kollegialisch, dann können auch hier andere Zustände geschaffen werden.

Leipzig. (Modell- und Fabriktischler.) Die am 16. Juli abgehaltene öffentliche Versammlung gestaltete sich in ihrem Verlauf zu einer eingehenden Aussprache über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Modell- und Fabriktischler. Insbesondere erheischt die Arbeitszeit, die im Vergleich zu der der übrigen Holzarbeiter eine unverhältnismäßig lange ist, dringend eine Änderung. Eine Resolution, welche diesbezügliche Schritte verlangt, wurde der Sektionsleitung zur weiteren Erwägung überwiesen. Betreffs der Lohnverhältnisse waren alle Redner einmütig der Ansicht, daß auch hier eine Besserung dringend nötig sei, da die Löhne seit der letzten Bewegung im Jahre 1898 sich in den hiesigen Maschinenfabriken nicht wesentlich gesteigert hätten. Der Vorsitzende führte aus, die Sektionsleitung werde, soweit dies unter den jetzigen Verhältnissen angängig sei, alles tun, um die Wünsche der Kollegen zu fördern. Mit der Mahnung, unermüdlich am weiteren Ausbau der Organisation zu wirken, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen. — Trotz aller Mahnungen an dieser Stelle, die zureisenden Kollegen möchten nur unseren Arbeitsnachweis benutzen, müssen wir immer wieder die Beobachtung machen, daß dem keineswegs Folge geleistet wird. Während unsere hiesigen Kollegen ausnahmslos dieser Vorschrift genügen, glaubt ein großer Teil der reisenden Kollegen, das besondere Recht des Umschauens für sich in Anspruch nehmen zu dürfen. Zeigen sich dann in dem so gefundenen Arbeitsverhältnis Schwierigkeiten und Nachteile aller Art, ja, dann finden diese Kollegen den Weg, den sie vorher nicht fanden, und stimmen Klagen über ihre Leiden an. Aber die Leipziger Modelltischler haben nicht Lust, sich durch derartige Disziplinlosigkeiten noch ferner in ihrem Vorwärtsschreiten hemmen zu lassen. Die Kollegen werden unnachsichtig von jedem in den Betrieb Eintretenden den Kontrollschein des im „Volkshaus", Zeitzerstraße 8, befindlichen und gut funktionierenden Arbeitsnachweises der Leipziger Zahlstelle verlangen. Jeder Kollege erfährt daselbst die näheren Bestimmungen, alle bisher gebrauchten und weiteren Ausreden sind hinfällig.

Mönchröden. In Nr. 20 brachten wir unter der obigen Stichmarke eine Kritik des Maarschen Betriebs, gegen die Herr Maar Einspruch erhob. Durch unseren Gauvorsteher haben wir die Angelegenheit untersuchen lassen, und dabei folgendes festgestellt: Der Wechsel im Betrieb beträgt nach den Angaben des Herrn Maar etwa die Hälfte des Personals; man wird, wenn man in Erwägung zieht, daß es sich um einen neuen Betrieb handelt, der erst sein Personal ausprobieren muß, wohl von einem Taubenschlag schlimmster Art nicht reden können. Die Tischlergesuche, in welchen Tischler bei 25 Mk. Wochenlohn gesucht werden, will Herr Maar so verstanden wissen, daß bei ihm im Akkord 25 Mk. pro Woche verdient werden kann. Dieser Satz ist auch tatsächlich verdient worden. Der Stundenlohn beträgt 30 bis 35 Pf. Durch Anschlag bekannt gegebene Strafverfügungen sind nur vereinzelt gehandhabt worden; im ganzen sind 50 Pf. Strafe erhoben.

Mülhausen im Elsaß. Ganz kurz vor dem letzten Schreinerstreik in Ulm wickelte sich dort friedlich und schiedlich eine Schuhmacherbewegung ab. Ohne jeglichen Mißton arbeitete die freie und „christliche" Gewerkschaft Hand in Hand. Kaum war die Bewegung aber abgeschlossen, erschien in einem „christlichen" Gewerkschaftsblatt ein Bericht, der Gift und Galle auf die „freie Gewerkschaft" speite. Ähnlich war es bei der vorletzten Bewegung der Holzarbeiter in Mülhausen. Kaum war die Bewegung zu Ende, wurden von der „christlichen" Organisation Versammlungshandzettel verteilt, mit der Tagesordnung: „Das schofle und verräterische Treiben des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Mülhausen." Referent war der Streikbrecheragent Rödlach. Ein Herr Bacher, der die obige Schuhmacherbewegung in Ulm mit leitete und jetzt das große Wort im Elsaß und im Wiesental führt, der unsere Kollegen wegen ihrem elsässischen Dialekt ausspottete, mußte in einer Mülhausener Versammlung erklären, daß die Herren in Cöln den Streikbrecher nur deshalb machten, weil ihrer Organisation die Moneten ausgegangen waren. Mit Recht sagt unser Straßburger Bericht in der letzten Nummer unseres Organs, daß diese Jesuiten den starken Mann dort spielen und das Maul recht voll nehmen, wo sie nichts zu riskieren haben. Ganz nach der Taktik eines gewissen Herrn vom Gewerkverein. Was schreibt nun der „Christliche Holzarbeiter" in seiner Nr. 7 unter dem Stichwort: „Ein Produkt verschmähter Liebe?" „Wir sind eine selbständige Organisation, die sich von keiner Seite beeinflussen läßt." Diese jesuitischen Maulhelden, die selbständig mit ihren 10000 (?) Mitgliedern eine Bewegung zu führen nicht imstande sind, versuchen nun, uns Belehrungen zu geben und bei uns Anträge zu stellen. Unsere Kollegen werden auf der Hut sein, damit jene Brüder so einflußlos bleiben wie sie es jetzt sind, damit sie uns nicht schaden können.

Steinfeld in der Pfalz. Hier und in der Umgebung ist eine große Zahl Korbmacher beschäftigt, die unter schlechten Verhältnissen zu leiden haben. Unsere Versuche, die hiesigen Korbmacher für den Holzarbeiterverband zu gewinnen, scheiterten bis jetzt immer an dem Widerstand der Geistlichen, die darauf achten, daß die christlichen Einwohner von Steinfeld von sozialdemokratischen Umtrieben verschont bleiben. Als aber der Organisationsgedanke unter den Korbmachern immer mehr Boden fand und die Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes in die Nähe gerückt schien, wurde, um uns zuvorzukommen, schnell eine Zahlstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes gegründet und in den Versammlungen wurde unser Verband als sozialdemokratisch, religonsfeindlich usw. geschildert, dem ein christlicher Mensch nicht beitreten darf. Am 30. Juni bot sich uns die Gelegenheit, einer solchen christlichen Versammlung beizuwohnen, in welcher als Referent ein Herr Baumann aus Karlsruhe auftrat. Nach ihm nahm auch ein Mitglied unseres Verbandes Veranlassung, zu der Versammlung zu sprechen. Seine Schilderung der Lage der Korbmacher fand großen Beifall. Der Beifall hielt an, bis der Redner den Anwesenden die Erfolge unseres Verbandes geschildert hatte und bemerkte, daß auch die Korbmacher in anderen Orten durch unseren Verband schon manchen Vorteil erzielt haben. Das gefiel einem Teil der christlich fanatisierten Anwesenden weniger. „Wir sind christlich und bleiben christlich solange wie wir leben," so dröhnte es mehreremal durch den Saal. Der Eindruck, den die Ausführungen unseres Kollegen auf eine ganze Anzahl Zuhörer gemacht hatte, gefiel dem christlichen Referenten gar nicht. Nachdem noch ein Korbmacher hatte erklären müssen, daß sie christlich bleiben wollen, ließ sich der Referent Baumann das Schlußwort erteilen. Die freie Diskussion, die uns am Anfang der Versammlung zugestanden wurde, war vorbei. Das Schlußwort war der auswendiggelernte Spruch von der M.-Gladbacher Schule, den alle christlichen Agitatoren herunterleiern wenn sie in der Klemme sitzen. Pfaffenspiegel, sozialdemokratischer Parteitag, russische Revolution usw. mußten herhalten, um dem schwankenden Vertrauen zum christlichen Verbande einen festeren Halt zu geben. Aber es half nicht viel und der Referent brachte sich durch seine Worte immer mehr in Unannehmlichkeiten. Er führte unter anderem noch an, daß wir ihm die Beweise, daß er mit seinen Ausführungen nicht recht hat, persönlich sagen müssen und nicht in der Versammlung vorbringen dürfen. Als er an der Stimmung der Versammlung merkte, daß er mit diesem Satze eine große Dummheit ausgesprochen hat, forderte er die Anwesenden auf, uns hinauszuhauen! Es ist ja bekannt, daß auch unter christlichen Arbeitern immer welche sind, die gern einer solchen Aufforderung Folge leisten. Es gelang uns aber, wenn auch mit großer Mühe, den Anwesenden klar zu machen, daß es ein grober Verstoß gegen die christlichen Pflichten ist, wenn jemand zu körperlicher Mißhandlung auffordert oder der Aufforderung Folge leistet. Die Aufregung der Versammlung legte sich nun wieder so weit, daß wir die Versammlung davon überzeugen konnten, daß manche Ausführungen des Referenten nicht zutreffend sind, und er selbst davon überzeugt sein muß, weil er eine öffentliche Diskussion fürchtet. Herr Baumann ließ sich aber auf eine Diskussion nicht mehr ein, selbst dann nicht, als wir ihm sagten, daß wir und ein großer Teil der Versammelten annehmen müssen, daß er geflunkert habe. Als wir ihn noch einmal ersuchten, er möge sich wenigstens von dem Vorwurf der Flunkerei rechtfertigen, erklärte Herr Baumann, daß er keine Zeit mehr habe, weil er abreisen müsse. Trotzdem wir darauf hinwiesen, daß bis zur Abfahrt des Zuges noch 2½ Stunden Zeit sei, ließ Herr Baumann den Vorwurf der Flunkerei auf sich ruhen und schwieg. In dem „Christlichen Holzarbeiter" heißt es von der Versammlung, daß sie gewiß viel zur Aufklärung beigetragen hat. Das ist zutreffend. Mancher Versammlungsbesucher weiß nun, was der Deutsche Holzarbeiterverband anstrebt und was zu leisten er imstande ist. Wenn für die Christlichen der Erfolg der Versammlung nicht so ausfiel, als sie erwarteten, so ist das dem christlichen Agitator Baumann aus Karlsruhe in erster Linie zu danken.

Stettin. Durch eine in der letzten Zeit aufgenommene Statistik unter den Holzarbeitern in der hiesigen Chamottefabrik wurde der Beweis erbracht, daß dort noch sehr viel Aufklärung notwendig ist. Es arbeiten dort 39 Kollegen, Tischler und Stellmacher, bei zehnstündiger Arbeitszeit pro Tag mit einem Stundenlohn von 35 bis zu 37½ Pf. als Höchstlohn; nur 8 Kollegen sind darunter, die zeitweilen im Akkord arbeiten und dadurch einen etwas höheren Verdienst erzielen. Von den Kollegen sind 34 verheiratet und 5 ledig. Beschäftigt sind in dem Betrieb 9 Kollegen 20 bis 28 Jahre, 12 Kollegen 10 bis 20 Jahre, 13 Kollegen 5 bis 10 Jahre, 5 Kollegen unter 5 Jahre. Man kann hieraus ersehen, daß die Mehrzahl schon alte Veteranen im Betrieb sind und alle genau beobachten mußten, wie die Gesellschaft schon seit langem die fette Dividende von 19 Prozent pro Jahr an die notleidenden Aktionäre ausbezahlt hat, ohne dabei sich der wirklichen Hungerlöhne, welche den Arbeitern gezahlt werden, zu schämen. Aber die Arbeiter scheinen gar nicht daran zu denken, daß sie für sich selbst auch etwas mehr verlangen können, und von den Mitteln, mit welchen sie etwas erreichen könnten, wollen sie nichts wissen. Einesteils scheuen sie die Beiträge für ihre Organisation, und dann warten ihrer ja Prämien von 100 Mk. ab, welche sie erhalten, sobald sie zehn Jahre ununterbrochen im Betrieb beschäftigt sind. Die Prämie macht nun pro Tag ganze 3⅓ Pf. aus. Wie man sieht, eine hohe Leistung von einer Gesellschaft, die 19 Prozent Dividende zahlt. Die Kollegen

in der Chamottefabrik täten wirklich gescheiter, sich alle dem Deutschen Holzarbeiterverband anzuschließen, lieber auf die 3⅛ Pf. Prämie pro Tag zu verzichten und sich dafür mit Hilfe der Organisation einige Pfennige Lohnerhöhung für die Stunde zu erkämpfen. — Die Lokalverwaltungen derjenigen Orte, wo Kollegen in Chamottefabriken oder Zementsteinfabriken beschäftigt sind, möchten wir ersuchen, kurze Berichte über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Berufen in der „Holzarbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen. Obwohl gerade diese Gesellschaften noch ganz gut prosperieren, sind die Arbeitsbedingungen der Kollegen meist schlechter als in den anderen Betrieben. Die Statistik, die der Hauptvorstand jetzt bearbeitet, wird ja auch etwas mehr Aufklärung bringen, aber es wird immerhin noch eine geraume Zeit vergehen, bis das Material veröffentlicht wird.

Straßburg i. Els. Noch keine Lohnbewegung in Straßburg ist in solcher Verständnisinnigkeit und Ruhe durchgeführt worden, wie gerade die Lohnbewegung hier in Straßburg. Nun aber gilt's, den zustande gebrachten Tarif auch durchzuführen, auch in den hiesigen Geschäften der Vergolder. Allein da wird es wohl nicht ohne Kampf abgehen. Es ist nun ein Jahr her, als der noch damals für sich existierende Vergolderverband seinen zweiten Vorsitzenden auf seiner Agitationstour auch hierher nach Straßburg sandte, um die Vergoldergehilfen in den Verband zu gewinnen. Es wurde hierfür eine Privatzusammenkunft arrangiert, in welcher Kollege Hirschnagl in längeren Ausführungen den Nutzen und die Notwendigkeit des Verbandes auseinandersetzte. Nach diesen Ausführungen traten auch sämtliche 5 hier in Stellung befindliche Gehilfen dem Verband bei. Als nun der Übertritt des Vergolderverbandes am 1. Oktober v. J. sich vollzogen hatte, begann auch zu gleicher Zeit durch die Filiale des Deutschen Holzarbeiterverbandes hier eine Agitation zu einer Lohnbewegung. Es wurde zur Wahl einer Lohnkommission geschritten und in diese Lohnkommission wurden zwei Kollegen der Vergolder gewählt. Allein als diese Lohnkommission ihre Tätigkeit begann, bekam es einer dieser Kollegen mit der Angst zu tun und ergriff das Hasenpanier. Als die Lohnkommission ihre Arbeit vollendet hatte und zur Tat schreiten wollte, erfaßte den anderen Kollegen dasselbe Gefühl und diesen beiden reihten sich noch zwei andere an, so daß noch einer von fünf den Mut hatte, bis heutigentags unerschrocken der Organisation treuzubleiben. „Ich bin allein auf weiter Flur," bleibt diesem zu singen, möge die Zeit aber nicht ferne sein, da er seinen vom Hasenpanier besessenen Kollegen wieder zurufen kann: „Brüder reicht die Hand zum Bunde." Allein bis dahin wird es einen Kampf kosten mit den hiesigen Vergoldergeschäften, welcher nach Umständen manches Interessante bieten wird. Für jetzt gilt es den vom Holzarbeiterverband festgelegten Tarif auch für die Vergolderbranche unter allen Umständen durchzuführen. Daß in dieser Branche Remedur geschaffen werden muß, liegt auf der Hand. Wir wollen mal bei dem ältesten Geschäft, Firma Edel Büchel, anfangen, welche Zustände dort herrschen. Dieses Geschäft beschäftigt zwei Vergolder und zwei Schreiner. Arbeitszeit 11 Stunden, Stundenlohn 26 und 40 Pf., und dieses Geschäft bedient nur die reichsten Stände. Hier ist es in erster Linie, den Hebel anzusetzen. Nun ist ein nicht minder altes Geschäft, Firma J. Mertz Hofvergolder, dieses beschäftigt zwei Vergolder und einen Einrahmer. Auch hier beträgt die Arbeitszeit 11 und noch mehr Stunden mit einem Stundenlohn von 40 und 45 Pf. Man sieht, auch hier tut's dringend not, daß das Alte stürzt und neues Leben in die Bude kommt. Ferner ist ein Geschäft, Firma Carl Lang, Finkweiler, dasselbe beschäftigt zwei Vergolder, Arbeitszeit 10 Stunden, Stundenlohn 45 und 50 Pf., Überstunde 10 Pf. mehr. Dann kommt noch ein Geschäft mit einem Vergolder in Betracht, die Firma Mük, Roseneck, Arbeitszeit 10 Stunden, Stundenlohn 40 Pf. Man sieht hieraus, jene Geschäfte, dessen Inhaber auch mal Arbeiter gewesen sind, sind bis jetzt noch ihren Gehilfen gegenüber die entgegenkommensten, mögen sich die Renommeegeschäfte ein Beispiel daran nehmen und einsehen lernen, daß mit dem alten Zopf gebrochen werden muß. Darum vorwärts! Durch Kampf zum Sieg auch im Vergoldergewerbe.

Zorge im Harz. Die Drechsler der Firma Schlösser in Zorge führen kein beneidenswertes Dasein. Die Akkordpreise sind so niedrig, daß bei angestrengtester Arbeit nur 15 bis 18 Mk. pro Woche herausgeschunden werden können. Außerdem kommt es vielfach vor, daß die Kollegen stundenlang auf Holz warten müssen, und wird dadurch naturgemäß der karge Lohn noch mehr verkürzt. Ein arger Übelstand besteht auch in bezug auf die Lohnzahlungen. Nicht genug, daß hier noch die vierzehntägige Lohnzahlungsperiode üblich ist, kommt es auch noch häufig vor, daß Herr Schlösser überhaupt kein Geld hat und die Gesellen dann warten müssen, bis irgend ein Kunde durch die Post Zahlung leistet. Schuld an diesen mißlichen Verhältnissen sind natürlich auch hier wieder zum guten Teil die Arbeiter selbst. Gibt es doch leider immer noch Arbeiter, die in ihrem Auftreten gegenüber dem Arbeitgeber nicht ein bißchen Mut zeigen, und so demselben natürlich den Nacken stärken. Die Kollegen ganz Deutschlands werden gut tun, auf etwaige Annoncen der Firma Schlösser in Zorge bei Ellrich nicht hereinzufallen. Diese kleinen Buden hier im Harz sind gerade für die Großstädte eine große Konkurrenz, weil die gesamte Arbeit von hier verschickt wird. Es dürfte also gut sein, wenn dies vorbeschriebene Eldorado nicht von Arbeitskräften überlaufen wird.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Dresden (Seidel & Naumann), Gollnow i. Pommern, Groß-Okrilla (Schiffl), Holzgerlingen, Landshut, Liegnitz (Gehritz), Metz (Lothringer Baugesellschaft), Mühldorf a. Inn (Kempf & Geiger), Neudamm, Oberstein a. d. Nahe, Posen (Sargtischlerei Baum), Sulzbach bei Saarbrücken, Verviers (Belgien), Viersen (Gebr. Heuvels);

Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lahr i. Baden;

Tischlern und Stellmachern nach Wismar (Waggonfabrik);

Modell- und Fabriktischlern nach Weingarten (Schatz);

Tischlern und Kistenmachern nach Dömitz (Bartelt, Durow, Hintz), Rothenfelde (Fahlkamp);

Drechslern nach Burg bei Magdeburg (Kirchner), Frankfurt a. Oder (Collath);

Holzarbeitern nach dem Schwarzwald (Aussperrung in den Uhrenfabriken);

Vergoldern nach Cöln-Ehrenfeld (Schulz & Co.), Ungarn;

Bürstenmachern nach Cöln (Stohmann);

Pinselmachern nach Budapest (Arnold Smolka);

Korbmachern nach Stettin, Altdamm.

Stellmachern nach Essen a. d. Ruhr.

In Ansbach befinden sich die Schreiner in einer Lohnbewegung. Am 20. Juli wurde bereits die Kündigung eingereicht, die am 3. August abläuft. Zuzug ist streng fernzuhalten.

In Husum unternahmen wir vor 2 Jahren schon einmal den Versuch, in die Arbeitsverhältnisse der weltberühmten Firma Köhn & Co. etwas Ordnung zu bringen, aber lange hat die Sache nicht standgehalten. Herr K. machte zwar einige Zugeständnisse auf solche Artikel, die bald darauf ausgemerzt wurden, im übrigen blieb alles beim alten. In unzähligen Versammlungen sind die Beschwerden der Kollegen besprochen worden, der Arbeiterausschuß wurde angehört, aber damit war auch für die Firma schon wieder alles erledigt, der Gauvorsteher wandte sich schriftlich an dieselbe, erhielt aber überhaupt keine Antwort. Am 6. Juli wurde nun von den Kollegen beschlossen, die Forderung der 9½stündigen Arbeitszeit nebst 10prozentiger Lohnerhöhung und Abstellung sonstiger Mißstände sofort zu erheben. Als dann die von den Kollegen gewählte Kommission vorstellig werden wollte, um eine gütliche Einigung zu versuchen, wurde sie wiederum kurz hinausgewiesen. Ferner wurden denjenigen, welche mit ihrem Akkord fertig wurden, neue Arbeiten nicht mehr vorgegeben; die Kollegen wurden abgelohnt, was die übrigen als eine Provokation betrachten mußten. Um das Maß voll zu machen, wurde auch den übrigen, die noch mitten im Akkord standen, bei der letzten Lohnzahlung 4 bis 10 Mk. von der laufenden Abschlagszahlung einbehalten. Weiter hat Herr Köhn sich nicht gescheut, bevor von einer Arbeitsniederlegung die Rede war, sämtliche Kollegen auf die schwarze Liste zu setzen, allerdings mit dem Erfolg, daß dieselben nun erst recht überall eingestellt werden. Unter solchen Umständen waren die Kollegen nicht mehr zu bewegen, länger an der Arbeit zu bleiben, am 15. Juli wurde einmütig die Arbeit eingestellt. Wir bitten den Zuzug streng fernzuhalten.

In Kötzschenbroda sind die Bau- und Möbeltischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Innung zeigt bisher nur wenig Entgegenkommen und sind somit ernstere Differenzen nicht ausgeschlossen. Wir bitten alle Kollegen, dieses zu beachten.

In Lahr reichten die Kollegen im Betrieb von Schad & Blank am 20. Juli die Forderung auf Einführung der 9½stündigen Arbeitszeit bei 3 Pf. Lohnerhöhung für Lohnarbeiter pro Stunde, sowie eine geringe Lohnerhöhung einzelner Akkordpreise ein. Da die Forderungen sehr bescheiden sind, hoffen unsere Kollegen dieselben ohne Kampf zu erringen. Wir bitten aber doch um Fernhaltung von Holzarbeitern (Drechsler, Schreiner, Stuhlbauer, Maschinenarbeiter) bis zur endgültigen Beilegung unserer obigen Forderung.

In Mittweida haben die Tischler mit der Innung durch Verhandlungen eine Verständigung erzielt, dagegen sind in den nicht der Innung angehörenden Betrieben, Ernst Kunze (Vertreter Schlenzig) und Franz Winkler die Forderungen noch nicht bewilligt, und ist nach diesen beiden Betrieben von Tischlern Zuzug fernzuhalten. Die Differenzen in der Stuhl- und Sofafabrik Altmittweida sind durch Verhandlungen, welche in Beisein des Gauvorstehers Genossen geführt wurden, beigelegt. Die Kollegen erreichten eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Akkordtarife. Die neuen Arbeitsbedingungen wurden zunächst auf 1 Jahr vertraglich festgelegt.

In Mühldorf a. Inn stehen bei der Firma Kempf & Geiger sämtliche Schreiner und Maschinenarbeiter im Streik, nachdem die Firma sich zu Zugeständnissen nicht herbeigelassen. Bekanntlich gehörten die Streiks bei dieser Firma bisher zu den hartnäckigsten, die wir zu führen hatten, und auch dieses Mal dürfte es so kommen. Es ergeht daher der dringende Appell an die Zahlstellen, den Zuzug nach Mühldorf streng fernzuhalten. Sollten Agenten dieser Firma zum Anwerben von Kollegen oder Arbeitergesuche in Lokalblättern desgleichen Arbeitsämtern auftauchen, so bitten wir hiervon stets sofort den Gauvorstand zu verständigen.

In Ottendorf-Okrilla ist der Streik der Tischler bei der Firma Schiffl bedingungslos aufgehoben worden. In der Besorgung von Arbeitswilligen entwickelte die früher in Wilsdruff unrühmlich bekannte Tischlermeistersfrau Hunger eine große Virtuosität. Der Ausgang dieses Kampfes beweist den Kollegen wiederum, daß bei Maßregelungen und bei Branchenstreiks, welche nicht den gesamten Betrieb lahm legen, Vorsicht geboten ist. Wenn an die Arbeitsstelle eines entlassenen „Hetzers" ein neuer „Hetzer" kommt und alle beschäftigten Kollegen auch einzeln entschieden ihre Interessen dem Unternehmer gegenüber vertreten, werden auch solche Scharfmacher, wie Herr Schiffl, von Maßregelungen abkommen. Einen besonderen Rückhalt fand der Unternehmer auch in seinen „treuen" Maschinen- und Schneidemühlenarbeitern. Der Unternehmer gesteht selbst ein, daß diese Betriebsabteilung ihm seinen Verdienst bringt; trotz der traurigen Entlohnung sind diese Arbeiter bisher der Organisation unzugänglich geblieben.

Zur Schwarzwaldbewegung. Wie ist der Friede gesichert? Herr Jäckle (Schwenningen) versprach, nach Wiederaufnahme der Arbeit mit seinen Arbeitern zu unterhandeln. Er hat es nicht getan, deshalb legten die letzteren die Arbeit wieder nieder. Bei Thomas Ernst Haller soll nächste Woche Inventur sein; als wenn die Firma die Inventur nicht während der Aussperrungszeit hätte vornehmen können. Herr Mauthe stellte die Arbeiter zum Teil ein, hat dieselben aber teilweise unter Kontraktbruch wieder entlassen. Auch in den anderen Orten gibt es noch ausgesperrte Kollegen. Die Nachricht der bürgerlichen Presse, daß der Friede voll und ganz hergestellt sei, entspricht deshalb nicht den Tatsachen. Der Streikbrecheragent Rödlach, der sich schon mehrmals rühmte, 50 Streikbrecher nach Cöln gebracht zu haben, behauptete in Villingen, die Gauleiter der modernen Organisationen kümmern sich nicht um die Aussperrung. Dieser Mensch ist doch nichts anderes als das, was er schon längst gekennzeichnet wurde: „Nämlich ein Mensch, der versucht, das Gegenteil von dem, was ist, als Wahrheit hinzustellen. Wer hat sich denn um den vorjährigen Schreinerstreik in Villingen bekümmert? Etwa der Streikbrecheragent Rödlach, der seine schönste Tätigkeit darin erblickt, Streikbrecher zu vermitteln. Ein Herr Schmitz hat schon während der Aussperrung versucht, die Arbeiterschaft uneinig zu machen. Ein Beginnen, das aufs entschiedenste selbst von seinen christlichen Kollegen verurteilt wurde.

In Zeitz sind die Bau- und Möbeltischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Es kommen zirka 100 Kollegen in Betracht. Die wesentlichen Forderungen sind 56stündige Arbeitszeit, 40 Pf. Minimallohn respektive 28 Pf. für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr, 5 Pf. Lohnaufschlag auf die jetzigen Löhne, 15 Prozent Aufschlag für Akkordarbeit. Diese Forderungen sind in 16 Werkstellen eingereicht. Antwort ist bis Mittwoch den 17. Juli erbeten.

Aus der Holzindustrie.

Hausindustrie in der Königsberger Tischlerei.

b. In einer kürzlich erschienenen Schrift von Dr. Käthe Kalisky über „Die Hausindustrie in Königsberg in Preußen mit besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen" (Leipzig 1907, Verlag von Duncker & Humblot) findet sich auch ein Abschnitt über die Tischlerei, dem wir das Nachstehende entnehmen:

Die Hausindustrie in der Tischlerei, in der zirka 65 Meister und 200 Gehilfen tätig sind, verdient trotz ihrer geringen Verbreitung Interesse wegen der Verschiedenartigkeit der Formen, die dieselbe aufweist. Neben dem in eigener Werkstätte mit motorischem Betrieb und zahlreichen Gesellen im Auftrag des Händlers arbeitenden Meister findet sich der allein arbeitende Gehilfe, der vom Händler die Mittel zur Anschaffung der notwendigsten Werkzeuge erhalten hat, oder der Gehilfe, der, zufällig arbeitslos, die Zeit der Stellenlosigkeit benutzt, um einige ganz einfache Gegenstände, wie Küchenschränke, Küchentische und dergleichen, anzufertigen und diese, von Magazin zu Magazin ziehend, dem Händler zum Kaufe anzubieten. Die Lage der letzteren ist eine sehr elende, da die Einnahmen von dem zufälligen Verkauf ihrer Waren abhängen. Nicht viel besser stehen die Gehilfen, denen der Händler das Geld zur Beschaffung der Werkzeuge gegeben hat. Die verauslagte Summe wird bei der Lieferung der Gegenstände abgezogen, wobei die Hausindustriellen klagen, daß eine Kontrolle über die eingehaltenen Prozente fehlt, da vom Händler beliebige Abzüge durch Mängel der Arbeit gerechtfertigt werden.

Die vom Hausindustriellen beschäftigten Gehilfen erhalten einen Arbeitslohn von 40 bis 45 Pf. pro Stunde bei einer zehnstündigen Arbeitszeit. Viele von ihnen verdienen sich freilich bei reichlicher Überarbeit mehr als der kleine selbständige Hausindustrielle. Die Unkosten desselben sind wegen der großen Werkstätte und der Werkzeuge an sich groß, sie werden dadurch noch erhöht, daß der Hausindustrielle Holz sowie Beschläge nur in kleinen Quantitäten kaufen kann, wodurch eine bedeutende Mehrausgabe veranlaßt wird. Auch hier reicht der Verdienst nur gerade aus, um die nötigen Materialien anzuschaffen, ohne daß zum Schlusse der Woche das zur Lohnzahlung nötige Geld übrig geblieben ist. Die Preise für die Produkte werden, soweit es sich um ganz einfache Muster handelt, vom Händler bestimmt, wobei die Abzahlungsgeschäfte im Verhältnis zu den geringen Ansprüchen an die Qualität der Arbeit und des Materials die höchsten Preise bezahlen. Bei schwierigen, seltenen Stücken wird die Preisvereinbarung nach vorheriger Schätzung der Hausindustriellen getroffen. Sind an den Gegenständen Drechslerarbeiten, so liefert der Tischler dem hausindustriellen Drechsler die vierkantig bearbeiteten Stücke Holz. Der Verdienst dieser Drechsler ist etwas geringer als der der Tischler. Trotzdem hier wie dort eine Lehrzeit von vier Jahren zu absolvieren ist, beträgt der Stundenlohn der Drechslergehilfen nur 35 bis 40 Pf. Die Drechsler klagen über die Konkurrenz der Eisengeschäfte, die gedrechselte Beine und andere Handfabrikate billig führen und dadurch die Preise drücken.

Da die meisten Tischlerwaren aus Fabriken bezogen werden, hat die hausindustrielle Tischlerei und die davon abhängigen Berufe der Drechslerei und Bildhauerei hier nur eine geringe Bedeutung.

Man sieht somit, daß in einer Großstadt wie Königsberg die hausindustrielle Tischlerei auf den Aussterbeetat gesetzt ist. Der hausindustrielle Arbeiter, der mit ungenügenden, meist gar keinen maschinellen Hilfskräften arbeitet, kann keine wirksame Konkurrenz machen, er mag noch so viel Überarbeit leisten, noch so niedrig seine Lebenshaltung hinabdrücken, noch so sehr auf die Menge der Leistung und nicht auf ihre Qualität sehen, er wird doch trotz allen Hungers und Elends teurer arbeiten als die Fabrik mit ihren doppelt so hoch bezahlten Arbeitern. Dabei sind diese hausindustriellen Arbeiter trotzdem eine Gefahr für die Lage der Arbeiterschaft. Aus ihren Reihen rekrutieren sich leicht die Streikbrecher, die mit weniger Lohn, mit langer Arbeitszeit und mit schlechter Behandlung zufrieden sind, weil sie sich von der Organisation fernhalten, von ihren Vorteilen nichts be-

griffen haben und deswegen den Kampf der Arbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verstehen und des Solidaritätsgefühls für ihre Kameraden, die im Kampfe stehen, entbehren. Das ist traurig und bedenklich. Zu ändern ist da nicht viel. Gerade die zerstreuten hausindustriellen Arbeiter in den Großstädten sind nur schwer festzustellen, für die Organisation selten zu gewinnen und nur in Ausnahmefällen in derselben festzuhalten. Ein Einfluß auf ihre Arbeitszeit, auf ihre Löhne, ja eine Kenntnisnahme derselben und eine Kontrolle der Arbeitsbedingungen ist außerordentlich schwierig, vielfach vollständig ausgeschlossen.

Es gibt Berufe, in denen selbst in unserer Zeit des Großbetriebs die Hausindustrie sich überraschend stark weiterentwickelt hat. Aber gerade in den Holzindustrien, und speziell in der Tischlerei, scheint für eine Weiterentwicklung **der Hausindustrie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum viele Aussicht vorhanden zu sein. Gerade bei der Verarbeitung des Holzes hat der technische Fortschritt so außerordentliche Erfolge zu verzeichnen, daß es kaum anzunehmen ist, daß gegen die immer größer werdenden Betriebe mit immer ausgebildeterer maschineller Ausgestaltung der Kleinbetrieb für die Massenware irgendwie noch erheblich in Betracht kommen kann. Gerade in der Tischlerei scheint die Tendenz zum Riesenbetrieb eine unaufhaltsame zu sein und die vorhandenen Tendenzen zur hausindustriellen Produktion stark abgeschwächt zu haben und auch für die Zukunft kaum aussichtsvoll zu machen. Das darf uns selbstverständlich nicht davon abhalten, mit dem lebhaftesten Interesse jede Feststellung hausindustrieller Produktion und Arbeitsverhältnisse zu verfolgen, weil man nur durch genaue Kenntnis der tatsächlich vorhandenen Verhältnisse und ihrer Entwicklung die Tendenzen in der gewerblichen Evolution begreifen, beurteilen und, wenn nötig, bekämpfen kann.** —

Der Deutsche Schiffszimmererverband ist am 1. Juli der Internationalen Union der Holzarbeiter beigetreten.

Die Hirsch-Dunckersche „Eiche" kann sich über die Folgeerscheinungen der famosen Streikbrechertaktik des Gewerkvereins immer noch nicht beruhigen. In jeder Nummer belvert sie gleich einem alten Fischweib gegen die „Holzarbeiter-Zeitung" — in der Nr. 28 brachte sie es auf nicht weniger denn 5 Artikel gegen uns —, ein ergötzliches Schauspiel! Wir haben natürlich Besseres zu tun, als all das ungereimte Zeug der morschen „Eiche" hier zu würdigen. Dessen bedarf es auch nicht, denn die Leser des Streikbrecherorgans werden bei der Lektüre ihres Leib- und Magenblattes ohnedies nicht sonderlich viel gegen den verhaßten Holzarbeiterverband profitieren. Die Kost, die die „Eiche" ihnen vorsetzt, ist nun einmal selbst für den stärksten Hirschmagen ungenießbar. Deshalb empfiehlt es sich, die Hirsche bei ihren Verdauungsbeschwerden nicht zu stören.

Wir wollen deshalb nur auf zwei neue Glanzleistungen der Streikbrechertante hinweisen, weil sie das Charakterbild der Herren Hirsche trefflich ergänzen. Die „Eiche" lügt in Nr. 28 ihren Lesern vor, „daß sich die Mitglieder des (Deutschen) Holzarbeiterverbandes beim Empfang einer (Notfall-)Unterstützung durch Unterschrift zur Zurückzahlung der erhaltenen Summe verpflichten müssen". Eine solche Verpflichtung wird bei uns den in Not geratenen und dieserhalb unterstützten Kollegen nicht auferlegt, die Zahlung der Unterstützung erfolgt im Gegenteil lediglich gegen Erstattung einer einfachen Quittung. Deshalb lügt auch die „Eiche", wenn sie weiter behauptet, daß wenn ein mit Notfallunterstützung unterstützter Kollege „später nochmals in Druck gerät und die Hilfe des Verbandes laut Statut in Anspruch zu nehmen berechtigt ist, man ihm ganz einfach mit seinem eigenen Schuldschein „hilfreich" beispringt." Wie gesagt, das ganze ist von der „Eiche" frei erfunden, wohl um das klägliche Fiasko der so viel gerühmten Hirsch-Dunckerschen Kasseneinrichtungen zu beschönigen.

Am meisten ärgert sich die Streikbrecher-„Eiche", daß die Hirsche, die sich den Unternehmern bei den letzten Kämpfen verkauft hatten, nun bei Regelung der Arbeitsverhältnisse „nix to seggen" haben. Zum Glücke hat sie jetzt entdeckt, daß wir jetzt zu „Harmonieduslern", „Friedensaposteln" herabgesunken sind, den „Wert der gesunden Gewerkvereinsgrundsätze" erkannt haben, so daß sie sich mit ihrem Streikbrecheranhang beruhigt schlafen legen und auf ihre Anerkennung bei den Scharfmachern verzichten kann. Es ist scheint's ein Trost für die Streikbrecher-„Eiche", daß das, was sie „gesunde Gewerkvereinsgrundsätze" nennt — und das sind die Grundsätze, die von den Gewerkschaften immer vertreten worden sind —, sich durchringt, allen Hirsch-Dunckerschen Streikbrechereien zum Trotz. So tröstet sich der Fuchs über die sauren Trauben, dieweil sie so hoch hängen.

Unsere Kollegen werden aber immer wieder daran erinnert, daß es ihre Pflicht ist, dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein überall das Wasser abzugraben, weil anders die Hirsch-Dunckersche Streikbrecherei nicht beseitigt werden kann.

Gewerkschaftliches.

Auf dem Vormarsch!

Vom Kaiserlichen Statistischen Amt werden jetzt die Ziffern über die gewerkschaftliche Entwicklung im Jahre 1906 veröffentlicht. Sie legen wiederum Zeugnis ab von der glänzenden Entwicklung und der großen Bedeutung der freien Gewerkschaften. Es hatten danach Mitglieder die

	Freien Gewerkschaften Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt	Zentrumsgewerkvereine Mitgliederzahl am 1. April	H.-D. Gewerkvereine Mitgliederzahl am Jahresschluß
1900 . .	680427	—	91661
1902 . .	733206	79077	102851
1904 . .	1052108	100053	111889
1905 . .	1344803	195401	117097
1906 . .	1689785	215884	118508

Am schlechtesten haben sich die Hirsch-Dunckerschen entwickelt; sie nahmen seit 1900 nur um 26847 Mitglieder zu, oder 4474 pro Jahr. Besser entwickelten sich die Zentrumsgewerkvereine: ihre Mitgliederzahl nahm seit 1902 um 136807, oder jährlich um 35570 zu. Zieht man aber ihre riesige Agitation und ausgebreiteten Hilfsmittel (Presse, Klerus usw.) in Betracht, so erscheint das Resultat sehr geringfügig gegenüber den großen Worten. Alles überragt weitaus die Entwicklung der freien Gewerkschaften. Sie gewannen seit 1900 über eine Million Mitglieder (1009358), oder pro Jahr 168226!!! Allein 1906 haben sie über 300000 Mitglieder gewonnen, das heißt mehr als die Zentrumsgewerkvereine seit ihrem Bestehen.

Die weit überragende Bedeutung der freien Gewerkschaften kommt ebenso deutlich zum Ausdruck in den Kassenverhältnissen. Es haben 1906 betragen:

	Freie Gewerkschaften Mark	Zentrumsgewerkverein Mark	H.-D. Gewerkverein Mark
Einnahmen	41602939	3378833	1338765
Ausgaben	36974717	2709686	—
Vermögen	25312633	2370028	3417668

Die günstige Entwicklung der Kassenverhältnisse der Gewerkschaften werden wir noch im einzelnen würdigen.

Eine Verschmelzung des Portefeuillerverbandes mit dem Verband der Sattler ist in Aussicht genommen. Auf einer Konferenz der Vorstände und Ausschüsse der beiden Verbände wurde beschlossen, die Durchführung der Verschmelzung mit aller Entschiedenheit anzustreben. Im Jahre 1909 soll eine gemeinsame Generalversammlung beider Verbände stattfinden, in welcher die Verschmelzung als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Der Steinarbeiterverband erhebt von seinen Mitgliedern einen Extrabeitrag, der je nach der Beitragsklasse 1 bezw. 2 und 3 Mk. beträgt und in wöchentlichen Raten à 50 Pf. eingezogen wird. Zur Begründung des Extrabeitrags wird auf die großen Kämpfe des Vorjahres hingewiesen, und der Umstand, daß auch das laufende Jahr sich zu einem Kampfjahr auswächst, läßt eine Auffüllung der Verbandskasse wünschenswert erscheinen.

Ein Gewerkschaftshaus ir Flensburg. Die Gewerkschaftshausgesellschaft kaufte, wie die Schleswig-Holsteiner „Volkszeitung" meldet, die Grundstücke 40, 42 und 44 in der Schloßstraße, 4900 Quadratmeter groß, mit den daraufstehenden Gebäuden von dem Kaufmann Johannes Beul für den Preis von 85000 Mk. Der Antritt erfolgt sofort.

Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal 1907.

Gau	Zahlstellen haben berichtet	Mitgliederzahl am Schluß des Quartals	Arbeitslose Mitglieder am Orte: vom vorigen Quartal	Zugang in diesem Quartal	Gesamtzahl	am letzten Tage	Durchreisende am letzten Tage des Quartals	Unterstützung haben erhalten: Arbeitslose am Orte: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Arbeitslose auf der Reise: Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Zahlstellen haben nicht berichtet
Danzig	28	2696	59	103	162	12	—	107	1077	1310	70	150	272	261	88	—
Stettin	38	2664	50	283	333	18	4	72	652	840	35	382	617	591	68	1
Breslau	39	7076	145	456	601	78	5	279	3256	4010	13	396	747	707	88	—
Berlin	88	33881	2186	8049	10235	1287	26	7525	123861	246063	54	1952	3387	3318	30	4
Dresden	52	11343	134	1063	1197	248	10	259	3692	4945	29	702	1075	1025	87	—
Chemnitz	55	12903	101	1065	1166	76	23	315	2905	3710	19	1111	1578	1519	50	—
Erfurt	56	4729	20	66	86	6	8	36	458	564	24	894	1167	1129	27	—
Magdeburg	32	5451	76	333	409	50	6	152	1723	2280	46	1189	1672	1608	36	—
Hamburg	60	17093	394	2518	2912	179	72	612	6917	9107	62	2728	4529	4281	27	1
Hannover	46	8747	113	1189	1302	86	24	236	2755	3425	19	1757	2854	2750	22	—
Düsseldorf	52	7893	54	371	425	24	41	70	735	959	96	2689	4325	4108	81	—
Frankfurt	58	11210	94	912	1006	95	18	170	1537	1932	76	3267	5510	5193	29	1
Nürnberg	36	8283	97	238	335	72	12	134	1915	2529	73	1173	2206	2117	80	—
München	40	5625	141	1079	1220	81	12	213	2749	3755	06	1331	2528	2370	54	—
Stuttgart	82	9885	24	121	145	18	23	69	744	910	28	2110	3864	3692	03	2
Hauptkasse	—	641	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	75	74	40	—
2. Quartal 1907	762	150120	3688	17846	21534	2330	284	10249	154976	286345	50	21868	36406	34746	10	9
1. " "	763	151310	4650	18555	23205	3688	172	11564	180712	[illegible]	[illegible]	14051	28070	21688	96	8
4. " 1906	755	153903	1711	20159	21870	4649	183	[illegible]	[illegible]	[illegible]	75	12268	20020	18749	05	9
3. " "	739	147654	1918	18948	20866	1633	201	3658	37955	48353	11	20801	35170	33627	25	12
2. " "	720	145837	2212	17430	19642	1916	319	4507	61121	76841	92	23054	38136	36515	71	24

Im zweiten Quartal 1907 betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 21534, das sind gegen das erste Quartal mit 23205 Arbeitslosen 1671 weniger; dagegen ist im Vergleich mit dem zweiten Quartal des Vorjahrs, wo 19642 Arbeitslose gemeldet wurden, eine Zunahme von 1892 zu verzeichnen. Nach Abzug der aus dem Vormonat übernommenen Arbeitslosen bleibt ein Zugang von 17846, das sind 709 weniger als im ersten Quartal.

Der Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 14,3, gegen 15,3 im ersten Quartal d. J. und 13,4 im zweiten Quartal des Vorjahrs. Am letzten Tage des Quartals waren 1,55 Prozent arbeitslos gemeldet. Im ersten Quartal d. J. betrug der Prozentsatz 2,44, im zweiten Quartal 1906 dagegen nur 1,31.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist mit 10249 um 1315 geringer als im ersten Quartal. Gegen das zweite Quartal des Vorjahrs, das 4507 unterstützte Arbeitslose aufwies, ist eine Steigerung um mehr als das Doppelte eingetreten, was darauf zurückzuführen ist, daß in den Aussperrungsorten die sonst ausgesteuerten Arbeitslosen in Rücksicht auf die Aussperrung noch weiter unterstützt wurden. Auf 100 Arbeitslose entfallen 47,6 Unterstützte, gegen 49,8 im ersten Quartal. Im zweiten Quartal des Vorjahrs betrug der Prozentsatz 22,9. Gegenüber dem vorhergehenden Quartal ist die Durchschnittszahl der unterstützten Tage mit 15,1 um 1 geringer, der durchschnittliche Betrag der Unterstützung mit 27,94 Mk. dagegen um 83 Pf. höher. Im zweiten Quartal 1906 entfielen bei 13,6 Tagen durchschnittliche Arbeitslosigkeit 17,08 Mk. auf den einzelnen Empfänger. Auch diese wesentliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr hat ihren Grund in den Aussperrungen.

Von den einzelnen Gauen hatte der Gau Berlin die größte Arbeitslosigkeit, und zwar mit 30,2 Prozent der Mitglieder. Ihm folgen: München mit 21,7, Hamburg 17,0, Hannover 14,9, Stettin 12,5 Dresden 10,5, Chemnitz 9,0, Breslau 8,5, **Frankfurt 8,1, Magdeburg 7,5, Danzig 6,0, Düsseldorf 5,4, Nürnberg 4,1, Erfurt 1,8 und Stuttgart mit 1,5 Prozent.**

Am letzten Tage des Monats betrug die durchschnittliche Arbeitslosenziffer 1,55 Prozent. Dieser Satz wurde nur in den Gauen Berlin mit 3,80 und Dresden mit 2,19 Prozent überschritten. Die niedersten Ziffern weisen die Gaue Stuttgart mit 0,18 und Erfurt mit 0,13 Prozent auf.

Den Höchstsatz der Unterstützten von der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatte der Gau Berlin mit 73,5 Prozent, es folgen dann die Gaue Danzig mit 66,0 und Stuttgart mit 47,6 Prozent. Die übrigen Gaue bleiben unter dem allgemeinen Durchschnitt, der ebenfalls 47,6 Prozent beträgt. Die geringsten Ziffern weisen die Gaue Düsseldorf mit 16,5 und Frankfurt mit 16,9 auf. Auch die durchschnittliche Zahl der unterstützten Tage wie der Durchschnittsbetrag der Unterstützung ist im Gau Berlin am höchsten. Erstere beträgt 16,5 Tage, letzterer 32,70 Mk. Es folgen dann die Gaue Dresden und Nürnberg mit je 14,3 Tagen und 19,09 bezw. 18,88 Mk. Unterstützung. Der Durchschnitt beträgt hier 15,1 Tage und 27,94 Mk. Die niedrigsten Ziffern hat der Gau Frankfurt mit 9,0 Tagen durchschnittliche Arbeitslosigkeit und 11,37 Mk. durchschnittliche Unterstützung.

Eine wesentliche Mehrausgabe gegenüber dem vorangehenden Quartal erforderte die Reiseunterstützung. Es wurden 34746 Mk. verausgabt, gegen 21689 Mk. Im zweiten Quartal 1906 betrug die Ausgabe für Reiseunterstützung 36515 Mk.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.

Zum Schlusse fügen wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder an, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberechtigt oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die **sofortige Meldung bei der Lokalverwaltung nicht versäumen möge.**

Der Verbandsvorstand.

Soziale Rechtspflege.

Vom Terrorismus der Berufsgenossenschaften.

□ Unsere Behörden sollen nach Ansicht der Scharfmacher bekanntlich längst „festgestellt" haben, welchen „Terrorismus" die Krankenkassenverwaltungen gegen die „schutzlosen Unternehmer" täglich verüben! Interessant ist deshalb eine Notiz der „Frankfurter Zeitung" aus Sachsen, in der es heißt:

„Über die Nichtbefolgung von zahlreichen Schutzvorschriften gegen Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben hat der Vorstand der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft im Königreich Sachsen schon seit Jahren lebhafte Klage geführt. Jahrelang ist man trotz alledem mit Strafen sehr milde vorgegangen, sie wurden im allgemeinen erst dann verhängt, wenn die gerügten Mängel nicht binnen bestimmter Frist beseitigt wurden. Da aber mit dieser Milde nichts erreicht wurde, hat man neuerdings in strengerer Weise gleich die Betriebe ganzer Dörfer mit Geldstrafen belegt. Darob herrscht nun große Entrüstung in agrarischen Kreisen, die selbst mit Vorliebe recht viel vom Staate verlangen, aber dem Staate und der Gesellschaft stets nur ungern das gewähren, was diesen zukommt. Demgegenüber stellt nun der „Dresdener Anzeiger", das Amtsblatt der Stadt Dresden, fest, mit welcher Nachsicht bisher vom Vorstand der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft bei Ermittlung von Betriebsmängeln vorgegangen wurde und wie notwendig ein schärferes Eingreifen war. Zum Beweis hierfür wird unter anderem mitgeteilt, daß noch im Jahre 1903 nach bereits vierjähriger Revisionstätigkeit von 20319 besichtigten landwirtschaftlichen Betrieben 18606 als den Unfallverhütungsvorschriften nicht entsprechend befunden wurden; nur bei 1713 Betrieben (8,4 Prozent) war nichts zu erinnern. Angesichts solcher Zustände kann man es sehr wohl verstehen, wenn man jetzt strenger vorgeht. Mit der bisherigen Milde war tatsächlich nicht mehr auszukommen."

Wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter „lebhafte" Klage über die Nichtbefolgung der Schutzvorrichtungen geführt hätten, wären sie sicher von der „Ordnungspresse" ausgelacht worden! Jetzt sieht es die Berufsgenossenschaft selbst ein und verwandelt die „Milde" in Strenge! „Ganze Dörfer" **werden einfach bestraft, um die Schuldigen zu treffen. Ganz wie in Ost- und Westafrika.**

Wenn aber Krankenkassen so vorgehen würden? Welches Geschrei würde sich da erheben? Ob da das „Amtsblatt“ in Dresden auch die Kassenvorstände verteidigen würde? Ja, Bauer, das ist eben ganz was anders!

Briefkasten.

An unsere Korrespondenten! Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß regelmäßig Dienstag morgens 9 Uhr Redaktionsschluß ist. Wir sind deshalb außerstande, Einsendungen, die uns Mittwoch oder Donnerstag erst zugehen, in die am Samstag erscheinende Nummer aufnehmen zu können und es ist direkt sinnlos, daß die Korrespondenten immer wieder, so erst in letzter Woche, mit Beschwerden an die Preßkommission oder anderen Ungelegenheiten drohen, wenn wir Dienstag nachmittags, Mittwochs oder selbst Donnerstags einlaufende Korrespondenzen in der Nummer der gleichen Woche nicht veröffentlichen. Also nochmals: Dienstag morgens 9 Uhr ist Redaktionsschluß. Das bedingt auch, daß wir selbst am Montag und erst recht Dienstag morgens nur noch kurze Notizen, die auf die Lohnbewegung Bezug haben, aufnehmen können. Das wird viel zu wenig beachtet, und die Folge davon ist viel Schererei und Ärger für die Redaktion. Wir bitten, das künftig beachten zu wollen.

Nürnberg. A. H. M. Seit vielen Jahren schon befolgt die Redaktion den Grundsatz, Versammlungsberichte aus anderen Zeitungen nicht nachzudrucken. Deshalb unterlassen wir auch die Veröffentlichung Eures Berichtes, das um so mehr, als er nicht einmal abgestempelt war.

Cassel. E. Sch. Deine Einsendung ist zum Abdruck in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht geeignet.

Rockenhausen. J. Sch. Derartige Berichte dürfen wir ohne nähere Prüfung der Tatsachen nicht veröffentlichen. Deshalb ist vorgesehen, daß die Berichte, um einen Mißbrauch zu verhüten, durch die Lokalverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, durch den Gauvorstand abgestempelt werden. Wendet Euch also an Euren Gauvorsteher.

Nürnberg. J. H. Wenn Sie Ihren Namen nennen, steht der Aufnahme der Zuschrift nichts im Wege.

Schkopau. K. H. Nicht abgestempelte Berichte können wir nicht veröffentlichen. Wende Dich also an die Verwaltung in Merseburg, damit sie Dir bestätigt, daß die in Deinem Berichte mitgeteilten Tatsachen richtig sind.

Literarisches.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis des Heftes 25 Pf.

Das uns vorliegende Heft 41 dieser wissenschaftlichen sozialistischen Revue beschäftigt sich vorzüglich mit dem Einwanderungsproblem. Es enthält zunächst eine 64 Seiten umfassende Materialiensammlung über „Die fremden Arbeitskräfte und die Gesetzgebung“ von Max Schippel, ferner unter anderem Arbeiten von Otto Bauer über „Proletarische Wanderungen“ und von Dr. Karl Bornberg über „Die Feinde der Einwanderung“. Da das Einwanderungsproblem auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß eingehend behandelt werden wird, dürfte sich ein Studium der „Neuen Zeit“, in der die Leser auch sonst manchen interessanten Beitrag finden werden, gewiß lohnen.

Peter Maßlow, Die Agrarfrage in Rußland. Die bäuerliche Wirtschaftsform und die ländlichen Arbeiter. Eine Untersuchung. Autorisierte Übersetzung von M. Nachimson. Stuttgart 1907, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. XIII und 265 Seiten. Preis gebunden 3 Mk.

Dr. Georg Keferstein, Die Alkoholfrage und ihre Lösung. Verlag Deutscher Arbeiterabstinentenbund, J. Michaelis. Berlin S 42, Luisenufer 55. Preis 10 Pf.

Dr. Georg Keferstein, Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage. Verlag Deutscher Arbeiterabstinentenbund, J. Michaelis. Berlin S 42, Luisenufer 55. Preis 20 Pf.

Versammlungs-Anzeiger.

Ravensburg. Samstag den 3. August, abends 8 Uhr, Quartalsversammlung in der Traube. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Anzeigen.

Colmar. Unsere Herberge befindet sich jetzt in der Wirtschaft Reibel, Vogelbacherstraße 38. Reiseunterstützung bei Kassierer Gustav Hilpert, Baselerstraße 48, mittags von 12–1 Uhr und abends von 6–8 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwalbacherstraße 7 I. Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7–8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12–1 Uhr.

Der Schreiner **Johann Rocker**, geb. 28. 5. 87 in Wörrstadt, ist unter Mitnahme zweier Bände aus der hiesigen Arbeiterbibliothek verschwunden. Kollegen, welche mit demselben zusammenkommen, werden um Einsendung seiner Adresse gebeten.
Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M.

Der Tischler **Friedrich Wacker**, geb. in Bremen, wird wegen einer wichtigen Angelegenheit um seine Adresse gebeten. Seine Mutter
Frau **Wacker, Bremen**, Sandweg 1b.

Wilhelm Rothfuß sende Deine Adresse an **Gust. Bergmann, Frankfurt a. M.**, Neebstr. 15, 3.

Tischl. **Franz König** a. Carzig b. Cüstrin sende D. Adr. a. **Wilh. Jahn**, Tischlermstr., **Lätjenwestedt.**

Bitte den Tischler **W. Luhn** um Angabe seines Aufenthaltsortes. Tischlermstr. **Krüger, Trabuhn.**

Die **Zahlstelle Steinheim a. Murr** hält am Sonntag den 28. Juli im Garten Zur Sonne ein **Gartenfest** verbunden mit Kinderspielen und Bescherung ab, wozu wir die Kollegen von Marbach, Benningen und Umgegend freundlichst einladen. Eintritt 10 Pfennig. Anfang 2½ Uhr.

Genossenschaft f. Fabr. v. Arb.-Fußbekl. e. G. m. b. H. Ronneburg-Friedrichshaide
Dienstag den 6. August cr., abends ½9 Uhr, **außerordentliche Generalversammlung** im Geschäftslokal. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Entlastung des Vorstandes. 3. Statutenänderung. 4. Wahl des Geschäftsführers. 5. Verschiedenes.
Der Aufsichtsrat.
Robert Mutschmann, Vorsitzender i. V.

Mehrere tüchtige Modelltischler
zum sofortigen Antritt gesucht.
Jakobiwerk Akt.-Ges.
Meißen.

Mehrere tüchtige
Modellschreiner
bei hohem Verdienst in dauernde Stelle sofort gesucht.
Modellfabrik Peter Koch, Kalk.

6–8 tüchtige Möbeltischler
für eichene Speisezimmer, und ein **Beizer und Polierer** sofort gesucht. Dauernde Stellung, höchster ortsüblicher Lohn und Erstattung der Reisekosten bei zufriedenstellender Leistung zugesichert.
A. Elze & Sohn, Dessau
Hofmöbelfabrik.

Tüchtige Schreiner
auf feine, gutbezahlte Akkordarbeit, Möbel und Bau, sofort unter günstigen Bedingungen gesucht von
M. Reutlinger & Co.
Möbelfabrik am Westbahnhof
Karlsruhe i. B.

Tüchtigen **Stuhl- und Gestelltischler** als **Teilhaber** für Tischlerei, Spez. Sitzmöbel, für sofort gesucht. Off. unt. **U. 13877** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.**

Tüchtige Schreiner
auf bessere polierte Schlafzimmermöbel für dauernd bei gutem Verdienst gesucht. Reisevergütung nach Vereinbarung. Nur ältere, eingearbeitete Leute wollen sich melden.
Höchster Möbelfabrik
Karl Jughardt, Höchst a. Main
bei Frankfurt a. Main.

Ein auf gute Möbel geübter **Tischler** gesucht. Dauernde Stellung. Mindestlohn 60 Cent. Maschinenbetrieb. Nähere Auskunft erteilt **Joh. Kaufmann**, Schreinermeister, **St. Gallen-Lachen-Vonwil.**

Tischler, welcher schon auf **Glasaufsätze für Ladentische, Etalagen, Etuis** gearbeitet, suchen **Gottschalck & Cie.**, Etuisfabrik, **Kreuzlingen** (Schweiz). Offerten mit Angabe der bisherigen Stellung nach **Konstanz** i. Baden, **Postfach 76.**

Mehrere tüchtige **Tischlergesellen** auf Schlafzimmer und Büfetts für sofort und dauernd bei guten Akkordsätzen gesucht.
Steinheimer Möbelfabrik
Winkelmann & Albert, Steinheim i. Westf.

Tüchtiger **Cameratischler** gesucht.
G. Dürr, Fabrikation phot. Apparate
Ansbach (Bayern).

Gesucht 2 tüchtige **Schreiner** auf sofort bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung.
August Jockers
Schreinerei mit elektrischem Betrieb
Pirmasens, Zweibrücker-Straße 35.

Tüchtiger **Polierer**, speziell auf **Sitzmöbel** geübt, zu sofortigem Eintritt auf erste Stelle gesucht. Gut empfohlene, verheiratete Leute, die dauernde Stellung suchen, bevorzugt.
Schubert & Schramm, Sitzmöbelfabr.
Uttwil am Bodensee, Schweiz.

Tüchtiger **Werkzeugschärfer**, der auch Kehlmesser zu fertigen versteht, auf dauernde Arbeit gesucht.
Bockholdt, Möbelfabrik, **Schwerin i. M.**

Tüchtigen **Fräser** suchen sofort
Gebr. Richter, Stuhlfabrik
[illegible] Sachsen.

[illegible] **Stellmachergesellen** [illegible]
sofort auf dauernde Arbeit gesucht.
A. Fabian
Quars pr. Gravenstein, Schleswig.

Zwei tüchtige **Holzdrechsler** bei hohen Akkordlöhnen für sofort gesucht. Angebote an
Holzwarenfabrik **L. Schlindwein**
G. m. b. H., **Weidenthal**, Pfalz.

Ein junger **Holzdrechslergehilfe** auf Massenartikel gesucht.
Val. Lausmann
Holzdrechslerei mit Dampfbetrieb
Schwaderbach bei Graslitz in Böhmen.

Perlmutterknopfdreher *
werden gesucht bei hohen Löhnen.
Ernst Opitz, Hartha i. Sachsen.

Tüchtige **Schildpattlötarbeiter** bei gutem Lohn für dauernd gesucht.
Schlager & Best, Kammfabrik
Darmstadt.

Für Korbmacher.
Tüchtige **Gestellarbeiter** auf geflochtene und gestäbte Rohrmöbel finden dauernde, gut bezahlte Stelle. Wöchentlicher Verdienst 25–30 Mark. Akkordlohn.
Rohrmöbelfabrik G. Schulz
Basel (Schweiz).

Gesucht ein **Korbmacher** auf Mattarbeit.
Ludw. Behsen, Trittau i. Holstein.

Gesucht ein **Korbmacher** auf Demijohns bei gut bezahltem Akkordlohn.
A.-G. Glasfabrik, Wauwyl, Schweiz.

Gewandte
Korbmacher
auf **Gestellarbeit, moderne Peddig- und Rohrmöbel gesucht.** Dauernde und lohnende Beschäftigung.
Karl Hochherz
Troisdorf b. Cöln a. Rhein.

Korbmachergesellen auf geschlagene weiße Arbeit bei hohem Lohn gesucht.
Julius Grellert, Korbmachermeister
Neumarkt, Schlesien, Breitestraße 31.

8 **Korbmacher** auf grün Gematt (Fischversandkörbe) sucht
Hermann Lange, Wulsdorf
bei Geestemünde.

8–10 **Korbmachergesellen** auf Mattarbeit gesucht.
Gebr. Lührssen, Wulsdorf
bei Geestemünde.

Gesucht ein tüchtiger **Korbmacher** auf grün Gematt oder weiße geschlagene Arbeit.
O. Schäfer, Westrhauderfehn, Kr. Leer
Ostfriesland.

Tüchtiger **Gestellarbeiter** auf feine Peddigrohrmöbel sofort gesucht.
Fr. Ruder, Rohrmöbelfabrik
Bad Nauheim.

Korbmachergehilfe auf Reisekörbe sofort gesucht. Akkordlohn (Zoll 12 Pf.).
Gebr. Fromm, Eisenach i. Thür.

2 tüchtige **Korbmacher** auf Reise- und Waschkörbe für dauernd gesucht.
Paul Günther, Gautzsch b. Leipzig.

Gesucht zu sofort **3 Korbmachergehilfen** auf grün und weiß geschlagene Arbeit bei gutem Verdienst.
Karl Koloff, Teterow i. M.

Gesucht Korbmachergehilfen auf Peddigrohrmöbel, höchster Akkordlohn, 25–30 Mk., Normalarbeitszeit, und einen auf geschlagene Reparaturen, Rohr- und leichte Gestellarbeit, auf Taglohn. Gesunde Werkstatt, dauernde Stellung. **C. Kuntze, Hamburg**
Grindelallee 46.

Korbmacher
auf **Rohrkörbe** jeder Art — Lohn zum Tariffatze — und auf **Geschoßkörbe** werden gesucht.
Gebr. Wolff, Bernburg.

Ein tüchtiger **Korbmachergehilfe** gesucht gegen hohen Lohn.
A. Helmert, Hagen i. Westfalen.

Suche sofort und später 4–6 tüchtige **Gestellarbeiter.**
Herm. Jahn, Rohrmöbelfabrik
Neustadt-Magdeburg.

Tüchtigen **Korbmacher** auf Geschlagen und Gematt sucht für bald
Amalie Siebert, Zittau.

Gesucht
bis 1. oder 15. August ein jüngerer **Korbmachergehilfe** auf Rohrarbeit, etwas Geschlagen und Gestell gegen guten Lohn.
W. Itzen, Korbmachermeister
Geestemünde, Georgstr. 39.

3 tüchtige jüngere **Korbmachergesellen** auf Ballonkörbe erhalten sofort dauernde Beschäftigung. **Pauline Winkler**
Herischdorf i. Riesengebirge.

20 tüchtige **Korbmacher** auf Geschoßkörbe sofort gesucht.
Heinr. Franke, Nürnberg
Sulzbacherstraße 82.

Sofort **2–3 Korbmacher** gesucht auf Fischkörbe. Tarifmäßiger Lohnsatz.
Jahn & Stünkel
Dommern, Post Lorstedt.

Gesucht werden per sofort
2 Korbmacher auf Reisekörbe usw.
6 Korbmacher auf Geschoßkörbe.
Sigm. Mahr, Ingolstadt.

Ein **Bürstenmacher** in allen Arbeiten vertraut außer Holzwerk sofort gesucht. Dauernde Stellung.
Otto Riedel, Posen, Friedrichstr. 16.

Suche auf sofort zwei tüchtige **Bürstenmachergehilfen.**
Wwe. Fr. Moog, Hagen i. Westf.

2 tüchtige **Bürstenmacher** sucht
Robert Gündel, Stollberg i. E.

Gesucht für dauernd ein tüchtiger
Holzpantoffelmacher
zum Maschinenhölzernachschneiden u. Nageln.
Johs. Lütgens, Bramstedt (Holstein).

Ein j. tücht. **Hölzerschneider** u. ein j. tücht. **Nagler** erhalten b. h. Lohn dauernde Beschäft.
P. Stappenbeck, Wusterhausen a. Dosse, Mark.

Englisches Haus wünscht Fabrikanten schöner **Kunsttischlerei** und von Möbeln, wie Einrahmungen für Gemälde und Spiegel und von Dekorationen in Holz für Magazine und Häuser kennen zu lernen; müssen die Fabrikation von Spezialitäten i. großen Quantitäten übernehmen können. Zuschriften an **„Cabinet“** [illegible] **113, Cheapside, London E. C.**

Bau- u. Möbeltischlerei, kl. Provinzstadt, erste a. Platze, best. 40 J., m. Grundst., Sarg- u. Möbelmagaz., gr. Hof, Gart., Scheune, Stallg., ev. Feld, 4 Hobelbänke u. sämtl. Invt. w. Todesfall bill. zu verk. Off. **L.**, Postamt 39, **Berlin.**

Umfassende Kenntnisse
d. d. Bautischlerei, Kunst- u. Möbeltischlerei, im Zimmereigewerbe erlgt. man d. d. Selbstunterrichtsw. Syst. Karnack-Hachfeld. Glänz. Erfolge. Ansichtssd. Prosp. u. Anerkennungsschr. grat. u. fr.
Bonness & Hachfeld, Potsdam R. 1.

Kollegen, kauft nur Bleistifte u. Maßstäbe „Solidarität“ von Jean Blos, Stein-Nürnberg.

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Meister.
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Tischler-Fachschule Detmold
Werkführer- und Technikerkurse
Gesetzliche Meister-Prüfung
Programme frei durch die Direktion

:: :: **Der** :: ::
Innenausbau
:: :: Illustrierte :: ::
Schreiner-Zeitung

Anerkannt beste, von fachkundigster Seite herausgegebene praktische Fachzeitschrift für alle Zweige der holzverarbeitenden Gewerbe :: Probenummern gratis und franko :: Preis vierteljährlich für 13 reich illustrierte Nummern Mk. 2.—
Deutscher Gewerbe-Verlag G. m. b. H.
Dr. Jaenicke & Co., Berlin W. 9, Potsdamerstr. 125

Verlag von Karl Kloß in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.